

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2021



**180-Grad-Wende des Berliner Kammergerichts**

**Nachhaltigkeit versus Geschichtsbekanntnis**

**Interessenkreis „Aviso“**

### Aktuell

- 3 Resolution  
Evelyn Zupke fordert leichtere Anerkennung

### Recht

- 4 180-Grad-Wende des Berliner Kammergerichts

### International

- 5 Arno-Esch-Preis  
Internationale Konferenz  
Eröffnung internationaler Ausstellung

### Aufarbeitung

- 6 Nachhaltigkeit versus Geschichtsbekanntnis  
8 Der Interessenkreis „Aviso“

### Berichte

- 9 Das Schweigen endlich brechen  
12 Frauen bewältigen Extremsituationen  
13 Gedenktafel in Zeitz enthüllt  
14 30 Jahre Teamarbeit  
Sagen wie es war

### Verbände

- 15 Traumaberatung  
Sonderausstellung  
Zeitzeugenaufwurf  
16 Abschied

### Service/Bücher

- 17 Gegen die Nacktheit des Lebens  
18 Die Stasi als „fünfte Gewalt“

### Umschlagbild

Am 27. August 2021 fand in Berlin auf dem ehemaligen Gelände der Zentrale des MfS in Haus 22 die Feier zum 30. Jahrestag der UOKG-Gründung statt. Auf dem Bild die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, bei ihrem Grußwort.

Foto: Christian Sachse

## Editorial

# 30 Jahre UOKG

Vor einigen Wochen hatten wir zu der Festveranstaltung 30 Jahre UOKG eingeladen. Im Nachgang kann man sagen, daß die Veranstaltung würdig, gelungen und inhaltlich in besonderer Weise ausagefähig war.

Normalerweise lädt man sich zu einem Jubiläum einen Festredner ein, der dann die Arbeit einer Institution oder einer Person in wohlgesetzten Worten würdigt. Bei dieser Festveranstaltung habe ich als Bundesvorsitzender die Festrede selbst gehalten. Was war der Grund dafür? Der Bundestagspräsident hatte es abgelehnt, die Festrede zu halten und hat es auch abgelehnt, diese Einladung an einen Festredner bzw. eine Festrednerin des Präsidiums des Bundestages weiterzugeben. Wir haben dann jeden einzelnen der Vizepräsidenten angeschrieben, und auch hier gab es kein Interesse.

Einzige Ausnahme war Petra Pau von der Partei Die Linke. Da aber bereits der Kultur-Senator von Berlin Lederer das Grußwort für den Berliner Senat hielt, wollten wir es dann doch nicht darauf ankommen lassen, die Toleranzschwelle unserer Mitgliedsverbände auszutesten. So habe ich die Festrede mit der Schilderung der Vorgeschichte genutzt, um die vergangenen 30 Jahre und die Persönlichkeiten, die Großartiges für die Aufarbeitung des SED-Unrechts geleistet haben, zu würdigen. Insbesondere hatte ich mir vorgenommen, am Beispiel der bisherigen Bundesvorsitzenden, anhand ihrer Lebenswege, ihres Leidens und ihres Kampfes für Freiheit und Demokratie aufzuzeigen, wofür wir stehen.

Die Menschen, die Opfer von Kommunismus und SED-Diktatur geworden

sind, haben viel für ihre Freiheit und die Freiheit anderer geleistet, und sie haben dabei Leid und Schmerz erfahren müssen. Und ich denke, gerade deshalb weiß keine andere Bevölkerungsgruppe Freiheit und Demokratie so zu schätzen, wie die Menschen, die selbst Opfer staatlicher Gewalt geworden sind. Darum sind wir, die Aktiven in der Aufarbeitungsszene, kein Jammer-Klub, sondern eine Bastion für Freiheit und Demokratie.

In meiner Festrede habe ich mich nicht nur mit den Themen auseinandergesetzt, die im Interesse der Opfer von SED und Kommunismus noch einer Lösung bedürfen, sondern ich habe auch denen widersprochen, die respekt- und geschichtslos einzelne von uns in ein rechtes Licht rücken wollen. Diese, wenn auch wenigen Historiker, Journalisten oder andere linken Aktivisten, die solche Versuche immer wieder unternehmen, haben nichts zur Demokratie in unserem Land beigetragen, außer belanglosem Geplauder. Diese vermeintlichen Experten sind in Wohlstand und Demokratie hineingeboren und haben weiter nichts erlebt als Urlaub unter Palmen.

Von diesen wenigen Ignoranten lassen wir uns natürlich nicht irritieren. Und selbstverständlich habe ich mich bei allen bedankt, die uns in den vergangenen Jahren unterstützt haben. Die Reaktionen unserer Gäste und unserer Mitglieder jedenfalls waren ermutigend und positiv. Ihnen allen wünsche ich weiterhin Gesundheit und Durchhaltevermögen bei den Aufgaben, die noch vor uns liegen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dieter Dombrowski

# Resolution

## „Das Schweigen brechen – den Opfern helfen“

Die Teilnehmerinnen des bundesweiten Frauenkongresses, der vom 6. bis 8. August 2021 in Hoheneck stattfand, richten an die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern folgende Forderungen.


Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien werden hiermit aufgefordert, die folgenden Punkte in der nächsten Wahlperiode in den Aufgabenkatalog aufzunehmen.

1. Ein Anerkennungsverfahren für die bisher rehabilitierungsrechtlich nicht beachtete Opfergruppe der „Vergessenen Kinder“ als Opfer politischer Willkür, die während der Haft der Eltern anderweitig untergebracht waren und häufig ebenfalls unter Traumafolgen leiden. Wir fordern den Kreis der Anspruchsberechtigten der sogenannten Opferpension nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes auf jene Kinder auszudehnen, die genauso zu Opfern wurden.
2. Die Vererbbarkeit der monatlichen Zuwendung für Opfer einer politischen Haft in der SBZ und der DDR nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes.
3. Die Beweislastumkehr für Antragstellende nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen.
4. Bei Anträgen auf gesundheitliche Folgeschäden müssen sowohl Sach-

bearbeiter als auch medizinische Gutachter für das Thema politische Verfolgung in der SBZ und der DDR geschult und sensibilisiert werden, um demütigende Antragsverfahren zu vermeiden.

5. Die Verkürzung der unzumutbar langen Verfahrensdauer bei Versorgungsämtern und Sozialgerichten zur Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden.
6. Das Verbot von DDR-Symbolen in der Öffentlichkeit, durch deren Verbreitung die DDR verharmlost und glorifiziert wird.
7. Die bundesweite adäquate Erweiterung der Schullehrpläne hinsichtlich der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur zur Förderung der Demokratieerziehung und der politisch-historischen Bildung.
8. Die Herstellung der Rentengerechtigkeit wie sie vor Einführung des Rentenüberleitungsgesetzes bestand. Damals wurden Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR für ihre in der DDR geleistete Arbeit fiktiv als in der Bundesrepublik erbrachte Leistung eingestuft.
9. Anerkennung und materiellen Ausgleich für die unter unmenschlichen Bedingungen geleistete Zwangsarbeit in politischer Haft.

10. Eine differenzierte Forschung in Hinblick auf die Schicksale von Frauen, die in der SBZ und der DDR als Unschuldige staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren, weil sie ihren politisch verfolgten Vätern, Männern und Kindern die Treue hielten.

11. Die Anerkennung und Entschädigung von Frauen, die im Zusammenhang verschiedener Verfolgungsmaßnahmen durch die SBZ- und DDR-Behörden sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren.
12. Die Schaffung eines bundesweiten Härtefallfonds, um ehemals politisch Verfolgte der SBZ und der DDR, die sich in besonderen Notsituationen befinden, materiell zu unterstützen.
13. Die Entschädigung der Zwangsausgesiedelten für das erlittene Vertreibungsunrecht.
14. Die Stasiüberprüfung der Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst und gemeinnützigen Organisationen und Vereinen.
15. Den Aufbau der „Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck“ als überregionalen Gedenkort. Die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel, um insbesondere Jugendliche dauerhaft an diesem außerschulischen Lernort politisch-historisch zu unterrichten.
16. Die Besserstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen, die Opfer in der SBZ und der DDR waren. 

## Evelyn Zupke fordert leichtere Anerkennung

(dpa) – Die neue SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke fordert die leichtere Anerkennung von gesundheitlichen Schäden durch staatliche Unterdrückung in der DDR. Nötig seien eine Umkehr der Beweislast, geeignete Gutachter und kürzere Verfahren, sagte Zupke der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Das ist mir auch ein Herzens-thema, daß die Menschen nicht mehr durch diese endlosen Prozeduren müssen.“


Zudem pocht sie auf Einführung eines bundesweiten Härtefallfonds und regelmäßige Erhöhungen der Opferrenten wie bei Altersrenten. „Es kann nicht sein, daß die Opfer Bürger zweiter Klasse sind“, sagte Zupke.

Am Bundeskongreß der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Bundesstiftung Aufarbeitung

sowie der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen nahm auch Evelyn Zupke teil. Die 59-Jährige hat vor drei Monaten ihr neu geschaffenes Amt angetreten, nachdem die Stasi-Unterlagen-Behörde aufgelöst und die Akten der ehemaligen DDR-Staatssicherheit in das Bundesarchiv eingegliedert worden waren.

Dieses Amt habe hohe Erwartungen geweckt, sagte Zupke der dpa. Sie geht von einer sechsstelligen Zahl von SED-Opfern aus, darunter allein 250 000 Haftopfer sowie 50 000 bis 100 000 Menschen, die als Jugendliche auf Jugendwerkhöfen untergebracht waren. Noch heute kämen neue Opfergruppen hinzu, etwa Dopingopfer unter Freizeitsportlern oder Menschen, bei denen sich gesundheitliche Folgen erst nach Jahrzehnten zeigten.

„Ich glaube, das Thema ist noch nie in der Mitte der Gesellschaft angekommen, sondern war immer am Rande“, sagte Zupke. „Nach 30 Jahren Aufarbeitung heißt es jetzt oft: Was wollen die Leute noch? Es ist ganz wichtig, daß man da dran bleibt.“ Sie fügte hinzu: „Aus meiner Sicht endet die Aufarbeitung nicht, schon gar nicht, solange die Opfer noch leben.“

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) erklärte vorab zu dem dreitägigen Aufarbeitungskongreß 60 Jahre nach dem Mauerbau: „Noch heute leiden viele Menschen unter den Folgen des DDR-Unrechts. Sie kämpfen noch immer mit den Folgen systematischer Unterdrückung und Verfolgung. Ihnen zuzuhören, ihre Forderungen ernst zu nehmen, das Vergangene aufzuarbeiten, ist nicht nur unser aller Aufgabe und wichtiger Auftrag der Landesregierung, sondern auch ein persönliches Bedürfnis.“ 

## 180-Grad-Wende des Kammergerichts Berlin

In den Ausgaben Nr. 1/2021 und Nr. 4/2021 des „Stacheldraht“ habe ich über die uneinheitliche Rechtsprechung in Hinblick auf die Auslegung einer seit der Novellierung vom 29.11.2019 neu eingeführten Norm des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) berichtet. Es ging konkret um § 10 Abs. 3 S. 1 StrRehaG n.F., der nunmehr lautet:

„Es wird vermutet, daß die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, wenn eine Einweisung in ein Spezialheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, in der eine zwangsweise Umerziehung erfolgte, stattfand.“

Im Stacheldraht Nr. 1 dieses Jahres schrieb ich, daß manche Gerichte die Vermutung aufgrund einzelner Stichpunkte wie Schulbummelei oder kleinere Diebstähle – etwa auf Heimkarteikarten – bereits als entkräftet ansahen. Ich empfahl daher, eine Rücknahme des Antrags in Betracht zu ziehen und die weitere Entwicklung abzuwarten. In Hinblick auf die Rehabilitierungsgerichte in Berlin kann nunmehr Entwarnung gegeben werden. Das Kammergericht hat hinsichtlich der Auslegung von § 10 Abs. 3 S. 1 StrRehaG eine 180-Grad-Wende zugunsten der Antragsteller vollzogen, der sich das Landgericht anschließen wird.

Hintergrund ist die von Ass. jur. Benjamin Baumgart im letzten Stacheldraht besprochene Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin (Beschluß vom 16. Juni 2021 – Az. 108/20). Das Kammergericht sah sich veranlaßt, mehr zu ermitteln und Betroffene anzuhören. Einen dieser Betroffenen hatte ich zur Anhörung begleitet. Er schilderte gegenüber den drei Richtern des Rehabilitierungssenats des Kammergerichts „eindrücklich, bildhaft und nachvollziehbar“ die Umstände seiner Einweisung in das Spezialkinderheim „Martin Andersen Nexö“, die politisch motiviert war, da er an westlicher Kultur interessiert war und seine Eltern als unangepaßt gegenüber dem DDR-Regime auffielen. Im damaligen Einweisungsbeschluß waren politische Gründe nicht direkt aufgeführt,

aber dem Betroffenen wurden u.a. kleine Diebstahlshandlungen unterstellt. Der Betroffene sprach in gewisser Weise auch stellvertretend für andere Betroffene.

In anderen Rehabilitierungsentscheidungen wurde auf seine Ausführungen bereits Bezug genommen, bevor der Betroffene selbst mit Beschluß vom 2. September 2021 (Az. 7 Ws 17-19/19 REHA) vom Kammergericht rehabilitiert wurde. In den Entscheidungsgründen wurde folgendermaßen ausgeführt, warum die Einweisung sachwidrigen Zwecken diene und unverhältnismäßig war:

„[...] Denn die Einweisung von Kindern und Jugendlichen in Spezialheime der Jugendhilfe ist in der Regel unverhältnismä-



ßig, wenn die Eingewiesenen nicht zuvor durch massive Straffälligkeit aufgefallen sind oder sich gemeingefährlich verhalten haben.[...]Weder die dem bei der Heimweisung 13 Jahre alten Betroffenen zur Last gelegten, von ihm in Abrede gestellten und durch keine weiteren Dokumente belegten ‚kleinen Diebstahlshandlungen‘ noch in der Schule auftretende Disziplinschwierigkeiten hätten es erlaubt, den Betroffenen in einem Spezialheim einem Umfeld auszusetzen, in der es zu schwerwiegenden, teilweise systematisch betriebenen Zersetzungsmaßnahmen mit dem Ziel der Zerstörung der Persönlichkeit der Eingewiesenen kommen konnte. [...]“

In Hinblick auf die Vermutungsregelung aus § 10 Abs. 3 S. 1 StrRehaG schließt sich das Kammergericht dem OLG Thüringen an und sieht eine Schwererziehbarkeit im Sinne von § 1 SpezHAO (Schul-

bummelei, Herumtreiberei, rüpelhaftes Verhalten u.ä.) nicht für ausreichend für eine Entkräftung an (vgl. Stacheldraht Nr. 4/2021). Ferner führt das Kammergericht völlig zutreffend aus:

„Denn würde man zur Widerlegung der Vermutung ausreichen lassen, daß es pauschal bzw. kursorisch und ohne Begründungstiefe beschriebene Defizite oder Verhaltensmuster bei den jeweiligen Betroffenen gab, die sie als ‚schwer erziehbar‘ im Sinne der damaligen Vorschriften und gelebten Rechtspraxis der DDR einordbar machen, so wäre im Ergebnis jede Einweisung in ein Spezialkinderheim oder in einen Jugendwerkhof bei entsprechend irgendwo in damaligen Dokumenten erwähnten bzw. beschriebenen Auffälligkeiten auch fürsorglich motiviert gewesen. Damit würde im Ergebnis zumindest für die Fälle die durch den Gesetzgeber geschaffene Vermutung und Beweiserleichterung des § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG n.F. leerlaufen, in denen es keine ausreichend dokumentierte Begründung der Einweisungsentscheidung (mehr) gibt, sondern nur noch Dokumente wie eine Klappkarte o.ä., die allenfalls pauschal und kursorisch fürsorgliche Gründe benennen, ohne sie weiter zu belegen.“

In Stacheldraht Nr. 4/2021 hatte ich den Fall eines anderen Betroffenen geschildert, bei dem lediglich eine Heimkarteikarte mit den stichpunktartig vermerkten Einweisungsgründen „Schulbummelei und kleinere Diebstahlshandlungen“ auffindbar war und gleichwohl der Rehabilitierungsantrag vom Landgericht Berlin zurückgewiesen wurde. Das Kammergericht schloß sich auch hier der Rechtsprechung des OLG Thüringen an, hob die Entscheidung des LG Berlin entsprechend auf und rehabilitierte den Betroffenen für die Einweisung in das Spezialkinderheim (KG Berlin, Beschluß vom 09. August 2021 – 7 Ws 31-32/21 REHA). Die Rechtsprechungsänderung des Kammergerichts ist höchst begrüßenswert und wird auch hoffentlich richtungweisend für andere Rehabilitierungsgerichte sein, die in dieser Frage leider noch rückwärtsgerichtet entscheiden.

## Arno-Esch-Preis für Hongkonger Studentenfürer

(vla) Im Andenken an den Studenten der Rechtswissenschaften Arno Esch und seine fünf Weggefährten, die 1951 von der sowjetischen Justiz zum Tode verurteilt und erschossen worden sind, verleiht der Verband liberaler Akademiker (VLA) auf der Grundlage einer Stiftung seines langjährigen Präses Peter Menke-Glückert alle zwei Jahre den Arno-Esch-Preis. Der Preis wird verliehen an einzelne Studentinnen sowie Studenten oder Studenteninitiativen und -verbände. Als Kriterien für die Auswahl der Jury gelten unter anderem das besondere Wahrnehmen von Staatsbürgerrechten im Raum der Hochschulen, Zivilcourage für Bürgerrechte, ein weltoffenes fachübergreifendes Studium Generale, das Einüben, Initiieren und Praktizieren öffentlicher Tugenden in der Hochschule und die Pflege neuer Formen des konsensstiftenden wissenschaftlichen Disputs in öffentlicher, freier Rede.

Der Arno-Esch-Preis 2020 wurde in diesem Jahr an die Hongkonger Studenten, vertreten durch Nathan Law, am 14. August verliehen. Damit ehrt die Jury des Arno-Esch-Preises den couragierten Einsatz


der Studentinnen und Studenten für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie im Kampf gegen die Kommunistische Partei Chinas (KPCh). Die KPCh hat in den letzten Jahren nicht nur den völkerrechtlichen Status Hongkongs verletzt, sie hat parallel dazu die dort bestehenden Freiheits- und Bürgerrechte, einschließlich des demokra-

tischen Rechtssystems, schrittweise reduziert oder außer Kraft gesetzt. Inzwischen befinden sich eine Reihe von Studenten, aber auch viele weitere Bürger, die bisher mutig für die Beibehaltung der Demokratie und des Rechtsstaates in Hongkong eingetreten sind, in Haft. Mit der Auszeichnung leistet die Jury der einstigen Aussage des Namensgebers des Preises und ehemaligen Rostocker Studenten Arno Esch konkrete Folge: „Ein liberaler Chinese steht mir näher als ein deutscher Kommunist.“ 

## Internationale Konferenz

(pegg) Der Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime ist mit dem 23. August 1939 verbunden, als der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, der den Weg zum Zweiten Weltkrieg ebnete. Unter totalitären Regimes wurden Dutzende Millionen Menschen deportiert, gefoltert und ermordet. Obwohl das Ende des Zweiten Weltkriegs die Niederlage des NS-Regimes bedeutete, litten viele Menschen in Mittel- und Osteuropa weiterhin unter dem kommunistischen Regime.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde Slowenien von drei totalitären Regimes erfaßt: dem Nationalsozialismus, dem Fa-

schismus und dem Kommunismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Kommunismus mehrere Jahrzehnte lang grundlegende Menschenrechte, Freiheiten und Würde eklatant verletzt. Die Opfer von Krieg und Revolution sind eine immense Zahl, die ein respektvolles Andenken jedes einzelnen erfordert. Keiner ihrer Namen sollte vergessen, gelöscht oder beschmutzt werden. Anlässlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit der Republik Slowenien und des 80. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges in Slowenien fand dort die internationale Konferenz „Transitionale Prozesse in Mittel- und Osteuropa in einer vergleichenden Perspektive“ statt. 

## Eröffnung einer internationalen Ausstellung in Porto

(pegg) Am Vorabend des Europäischen Gedenktages an die Opfer des Totalitarismus (23. August) wurde in Porto, Portugal, erstmals die internationale Wanderausstellung der Plattform „Totalitarismus in Europa“ präsentiert. Die Präsentation der Ausstellung wurde am 12. August 2021 in Porto im Palácio da Bolsa gestartet und wird anschließend in weiteren Destinationen des Landes präsentiert.


Dank der Partnerorganisation der Plattform, Instituto + Liberdade, die erste Übersicht über verfügbare Statistiken über zivile Opfer der schlimmsten Verbrechen totalitärer Regime im 20. Jahrhundert in 14 europäischen Ländern, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Deutschland, Niederlande, Tschechien und der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Ukraine und Albanien, wird der portugiesischen Bevölkerung in ihrer Muttersprache präsentiert. Die Statistik wird durch Fo-

tografien einiger Haupttäter eingerahmt und durch Daten zur Strafverfolgung von Tätern nach dem Sturz des Regimes ergänzt.

So wird die Ausstellung seit 2012 in 23 Metropolen in 20 Ländern in Europa und Nordamerika präsentiert.

„Der Zweck der Ausstellung ist es, an die tragische totalitäre Vergangenheit Europas zu erinnern und dazu beizutragen, daß sich in Zukunft jegliche Form eines totalitären Regimes nicht wiederholen wird. Im Laufe der Zeit ist es leicht, die Vergangenheit zu vergessen und in die gleichen Fehler zurückzufallen. Die Erinnerung ist wichtig, damit wir nie vergessen, wie wichtig es ist, grundlegende Menschenrechte, individuelle Freiheiten und Garantien sowie demokratische Werte in der Gesellschaft zu verteidigen“, sagte Carlos Guimaraes Pinto, Exekutivdirektor des Instituto + Liberdade.

„Dies ist eine Ausstellung über die Vergangenheit – politisch, sozial, wirtschaftlich, kulturell – des alten Kontinents. Der älteste portugiesische Wirtschaftsverband ist mit dieser Ausstellung im Palácio da Bolsa verbunden, um das öffentliche Bewußtsein für die Folgen totalitärer Regime und die dunklen Seiten der Geschichte unseres Kontinents zu fördern“, sagte Nuno Botelho, Präsident der Porto Trade Association.

„Ich bin dankbar, daß – dank unserer Partner – die Geschichte totalitärer Erfahrungen in Portugal präsentiert werden kann. Es ist unsere gemeinsame europäische Geschichte, auch wenn nicht alle Teile des Kontinents gleichermaßen von totalitären und autoritären Regime geprägt waren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Lektion zu lernen, die Opfer zu ehren und eine Zukunft frei von totalitären Versuchen aufzubauen“, erklärte Łukasz Kamiński, Präsident der Plattform. 

# Nachhaltigkeit versus Geschichtsbekennnis

## Unternehmen und ihre Geschichtsverantwortung für Opfer des Eisernen Vorhangs

Die deutsche Wirtschaft proklamiert, daß Unternehmen nur noch den weltweiten Wettbewerb bestehen, wenn diese ihrer Verantwortung gegenüber Nachhaltigkeit gerecht werden. Viele börsennotierte Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, haben deshalb Nachhaltigkeitsabteilungen gegründet. Sie stellen Personal für ihr Nachhaltigkeitsmanagement ein, erarbeiten Nachhaltigkeitsziele und Maßnahmen für deren Umsetzung, veröffentlichen Nachhaltigkeitsberichte. Dabei wird der Fokus nicht nur auf Maßnahmen zur Reduzierung des Klimawandels, der Reduzierungen von Auswirkungen ihres ökologischen Handelns oder innerbetrieblichen Arbeitsschutzes gelegt, sondern auch, um den Anforderungen von Investoren gerecht zu werden, auf die Einhaltung der Menschenrechte in den Produktionsstätten, aber auch in denen seiner Lieferanten.

Nichtregierungsorganisationen, wie die Kritischen Aktionäre e.V., stellen jedoch weitreichendere Forderungen an die Nachhaltigkeit der Unternehmen, die auch die Vergangenheit der Unternehmen und deren Geschichtsverantwortung betreffen. So wurde das Hamburger Unternehmen Aurubis AG auf der diesjährigen Hauptversammlung des Konzerns am 11. Februar 2021 nach Produktionsvorgängen in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, in der Zeit des Völkermords an Herero und Nama von 1904 bis 1908 befragt.

In einer Unternehmenschronik, welche zum 150jährigen Unternehmensjubiläum 2016 veröffentlicht wurde, sind Informationen über den Bau einer Eisenbahnlinie der Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesell-

schaft für den Transport von Kupfererzen durch Gebiete der Herero enthalten. Die Herero sollten seinerzeit unentgeltlich Wasserrechte an die Minengesellschaft abtreten. 1904 kam es zu einem Aufstand der Herero, der von der deutschen Kolonialmacht niedergeschlagen wurde. Es starben schätzungsweise 80 Prozent der Herero. Als einen Grund für den Aufstand wurde in der Unternehmenschronik der Bau der Eisenbahnlinie für die Kupfertransporte genannt.

Das Vorgängerunternehmen der Aurubis AG, die Norddeutsche Affiniere besaß Anteile an der Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft und profitierte in erster Linie von den Kupferminen und Kupfertransporten in Deutsch-Südwestafrika. Deshalb wurde das Unternehmen um Aufarbeitung der Vorfälle in der Zeit der Herero-Aufstände und nach Zugang von unabhängigen Historikern zu den Unternehmensarchiven in der Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv in Hamburg auf der Hauptversammlung angefragt.

Roland Harings, Vorstandsvorsitzender der Aurubis AG gab die Auskunft, daß das Unternehmen eine offene Kommunikation anstrebt, auch in Bezug auf die Unternehmensarchive. Allerdings wären sie nicht verpflichtet, einen Zugang zu gewähren. Bei nachvollziehbar fundierten Gründen würden sie die Recherche begleiten. Eine finanzielle Entschädigung oder Reparation für die Nachfahren der Herero lehnt er ab.

Wenige Wochen nach der Hauptversammlung im Frühjahr 2021 teilte die Bundesregierung mit, daß Deutschland den Genozid an den Herero in der Zeit der deutschen

Kolonialmacht in Deutsch-Südwestafrika anerkennt und Reparationszahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an die Nachkommen der Opfer mit einem substantiellen Programm leisten werde.

### Hamburger Kupferhüttenkonzern und seine Investition in eine Kupferhütte aus der Zeit des Stalinismus in Bulgarien

Der Hamburger Kupferhüttenkonzern Aurubis AG erwarb 2007 die Mehrheitsanteile an dem belgischen Unternehmen Cumerio. In dem Aktienpaket war auch eine Beteiligung an der Investitionsfirma Cumerio Austria GmbH aus Wien, die wiederum Mehrheitsanteile an der Cumerio Bulgaria AD hielt, enthalten.

Die Cumerio Bulgaria AD, jetzt Aurubis Bulgaria AD, ist Betreiber einer Kupferhütte, die in der Zeit des Stalinismus von 1954 bis 1958 zwischen den Gemeinden Pirdop und Zlatitza in der Region Sofia erbaut wurde. Ideengeber für das Werk war Walko Weljow Tschervenkow, geboren in Zlatitza, ein Schwager Georgi Dimitroffs. Er war Vorsitzender der bulgarischen Kommunistischen Partei von 1949 bis 1954 und Ministerpräsident von Bulgarien von 1950 bis 1956. Wegen seiner linientreuen Haltung wurde Tschervenkow auch „kleiner Stalin“ genannt und erhielt den Beinamen „der rote Wolf“.

Unter seiner Herrschaft kommt es zu einer Verfolgungswelle gegen sogenannte „Volksfeinde“ nach stalinistischem Vorbild. Ein Fünftel der Parteimitglieder wird ausgeschlossen, Tausende in das Arbeitslager Belene deportiert. Unter seiner Vorherrschaft werden die Aufstände der Gorjani-Bewegung 1952 in der Stadt Sliven und der Arbeiteraufstand in Plovdiv 1953 blutig niedergeschlagen.

In der Gemeinde Zlatitza gibt es 30 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft keinen Erinnerungsort, der an die Opfer des Stalinismus in Bulgarien erinnert. Statt dessen gibt es im Ortskern ein Denkmal für Tschervenkow. Am 7. August 2015 weihte Magdalena Ivanova, Bürgermeisterin der Gemeinde Zlatitza und Mitglied der BSP, der Nachfolgepartei der kommunistischen Partei Bulgariens, einen Juri-Gagarin-Komplex in Zlatitza ein. Ein Museum mit Schautafeln, die an den



Kupferhütte der Aurubis Bulgaria AD zwischen den bulgarischen Gemeinden Pirdop und Zlatitza.

ersten Kosmonauten im Weltall erinnern. Finanziert wurde das Zentrum auch mit Unterstützung der Aurubis Bulgaria AD.

### Unternehmensklagen gegen Geschichtsaktivisten

Vasil Kadrinov, Soziologe und Leiter des Hannah-Ahrend-Instituts in Plovdiv, war bulgarischer Flüchtling des Eisernen Vorhangs. Er wurde nach einem gescheiterten Fluchtversuch zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Kadrinov hat sich in seiner Heimat der Thematik der dortigen Geschichtsaufarbeitung der Zeit des Kommunismus gewidmet. Für den Dokumentarfilm von Freya Klier und Kuno Richter „Die Vergessenen. Tod, wo andere Urlaub machen“, recherchierte Kadrinov über die Orte der gescheiterten Fluchten von DDR-Bürgern in Bulgarien.

2017 verklagte ein Lieferant der Aurubis Bulgaria AD Vasil Kadrinov persönlich, weil dieser eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Entwicklung einer Kupfermine in einem EU-Naturschutzgebiet in der Region Plovdiv einforderte. Im Land mit der geringsten Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Europäischen Union konnte Kadrinov die Angriffe auf seine Person nicht abwehren. Er verlor den Prozeß und wurde zur Übernahme der gesamten Gerichtskosten der Umweltverträglichkeitsprüfung, inklusive der Anwaltskosten für den Kupferminenbetreiber, verurteilt. Die hohen Gerichtskosten konnte er aber nicht aufbringen. Pfändungen seines Privatvermögens waren die Folge.

Die Aurubis AG, die Muttergesellschaft der Aurubis Bulgaria AD, wurde 2017 auf deren Jahreshauptversammlung in Hamburg zu diesem und weiteren Vorgängen zu seinen Lieferanten in Bulgarien angesprochen und um Auskunft gebeten. Der damalige Vorstandsvorsitzende des Konzerns Schachler beantwortete die Frage nicht. Auch gab es keine Reaktionen seitens des Aufsichtsrats der Aurubis AG. Deren Vorsitzender ist Professor Fuhrmann, der auch gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG ist. Der Stahlkonzern Salzgitter AG muß sich selbst mit dem Vorwurf auseinandersetzen, daß sie Stacheldraht für die Grenzanlagen in der DDR herstellten, die über Zwischenfirmen an die DDR verkauft wurden. Die DDR selbst besaß keine Produktionskapazitäten, um Stacheldraht in dieser gewünschten Qualität herzustellen. Die Salzgitter AG hat zumindest indirekt zur Erhaltung des Grenzregimes der DDR beigetragen.

### Bekanntnis zur Werks-geschichte

2018 stellte ich auf der Hauptversammlung der Aurubis AG in Hamburg an den Vorstand die Frage, ob denn der Konzern Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der Eröffnung der Kupferhütte in Bulgarien plane, die auch an den Bau des Werks in der Zeit des Totalitarismus von 1954 bis 1958 erinnern. Die Konzernleitung bestätigte, daß sie Veranstaltungen zum 60. Jahrestag in Bulgarien durchführen werde.

In dem Jahr fanden keine Veranstaltungen mit einem Erinnerungsbezug an die Zeit des Stalinismus statt, jedoch veröffentlichte das Unternehmen 2019 die Unternehmenschronik: „Kupferherz von Bulgarien“ von Ivan Ivanow.

Auf 133 Seiten wird über die Meilensteine der 60jährigen Geschichte der Kupferhütte im Sredna-Gora Gebirge berichtet. Darin wird auch ein Bezug zur Entstehung des Werks und der Rolle von Walko Tschervenkow hergestellt. Auch wurden in der Chronik die Umweltauswirkungen mit den Folgen für Mensch und Natur während der Zeit des Kommunismus beschrieben. Die Gegend um das Kupferhüttenwerk zählt zu den am meisten mit Schwermetallen kontaminierten Gebieten in Bulgarien.

### Grenzausstellung zum 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer in Pirdop

Bei der folgenden Hauptversammlung der Aurubis AG in Hamburg 2019 sprach mich Tim Kurth, Werksleiter des bulgarischen Werks und Vorsitzender der Deutsch-Bulgarischen Außenhandelskammer, an und fragte, ob wir uns einmal zu einem Gespräch treffen könnten. Er käme auch gern nach Münster.

Wenige Wochen später trafen wir uns dort. Bei dem zweistündigen Treffen waren auch Horst Schmidt, Handelsvertreter aus Münster in Bulgarien, und Maja Schmidt, beide Mitglieder des Deutsch-Bulgarischen Geschichtsvereins „Pamet“ e.V., anwesend. Nach einer hitzigen Debatte, wo es zunächst um Auskunft zu Vorgängen mit bulgarischen Umweltaktivisten und Transparenz bei Umweltdaten ging, wurde auch über das Engagement des Unternehmens für den Juri-Gagarin-Komplex in Zlatitza gesprochen. Tim Kurth wurde die Frage gestellt, ob sich die Aurubis vorstellen könne, eine Ausstellung zum 30. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs an ihrem bulgarischen Standort in Bulgarien zu zeigen.

Am 12. November 2019 wurde im öffentlichen Lesesaal der Gemeinde Pirdop die Bannerausstellung von Fanna Kolarova und Stojan Raichevski, „Der Eisernen Vorhang – Fluchten über Bulgarien bis 1989“, eröffnet. Mit Rücksicht auf die lokalen Bürgermeisterwahlen in Bulgarien wurde die Ausstellungseröffnung allerdings um zwei Wochen verschoben. Anwesend waren neben den Ausstellungsmachern Fanna Kolarova und Stojan Raichevski Schüler und Schülerinnen von drei Gymnasien und Oberschulen der Region, Tim Kurth und



Der „kleine Stalin“, Walko Weljow Tschervenkow.

weitere Vertreter des Aurubis Bulgaria Management, Dr. Marianne Tscholakowa, Honorarkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Plovdiv, sowie Thorsten Geissler, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bulgarien.

Zwei Wochen später fand die Abschlußveranstaltung mit der bulgarischen Musikerlegende Vasko Krapkata statt. Über beide Veranstaltungen berichteten die lokalen Medien ausführlich.

Der Unternehmenssprecher der Aurubis Bulgaria AD sicherte nach der Veranstaltung zu, daß sie eine Veröffentlichung der Ausstellung im November 2020 im Kulturpalast der bulgarischen Hauptstadt Sofia organisieren werden. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde das Vorhaben jedoch verschoben. Es ist auch nicht mehr für das Jahr 2021 geplant.

Auf dem kommenden Deutsch-Bulgarischen Geschichtstag am 20. November 2021 im Alfred-Töpfer-Saal in Hamburg soll ein Podium zur Unternehmensverantwortung von Unternehmen bezüglich der Geschichtsaufarbeitung über die Zeit des Kommunismus stattfinden. Eingeladen wurde hierzu auch das Unternehmen Aurubis AG aus Hamburg.

# Der Interessenkreis „Aviso“ zur Marinegeschichte

Von Bernd Lippmann

Man glaubt es kaum, doch in der DDR gab es private Interessenkreise, die sich staatlicher Steuerung und Kontrolle im wesentlichen entzogen. Nach SED-Rechtsverständnis zwar nicht richtig legal, aber auch nicht komplett illegal. „Aviso“ war ein solcher Kreis. Hier hatte sich ein loser Verbund von Enthusiasten zusammengefunden, der sich Themen zur Seefahrtgeschichte widmete. Man kann sagen: geduldet, aber nicht vom Kulturbund unterstützt. Eine „Nichtorganisation“, der zudem zugute kam, daß sich auch marinegeschichtlich interessierte Leute aus dem Sicherheitsapparat („Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen“) als Mitglieder dieses Kreises verstanden. Womit sich von Anfang an der Paragraph „Staatsfeindliche Gruppenbildung“ als (hier) bedeutungslos erwies.

„Aviso“ – so wurden einerseits kleine schnelle Kriegsschiffe, die der Nachrichtenübermittlung dienten, genannt, andererseits wird damit eine schriftliche Ankündigung, eine briefliche Mitteilung bezeichnet. Womit Aufgabe und Ziel dieser Gemeinschaft Wissensdurstiger treffend beschrieben ist: maritime Literatur per Brief auszutauschen.

Zu diesem Zweck wurden verschieden große Briefe in einem Ringverfahren umher geschickt. Für den Versand in einer Gruppe war der „Umlaufgruppenleiter“ verantwortlich. Neben den Autoren wirkten auch die Vervielfältiger (der Aviso mußte zweimal mit fünf Durchschlägen geschrieben werden). Für den Aviso existierten mehrere Umlaufkreise, es gab einen im Norden der DDR, einen im Berliner Raum und mehrere im Süden. Untereinander sprach man sich als „Freund“ an (Frauen waren nicht dabei). Und man nannte das Ganze „Aviso-Klub“, Gründer war Heinz Piechowski. Unter anderem tauschten die Mitglieder Literatur aus, die nicht offen zugänglich war, sogenannte Sperrliteratur. Auszüge aus Weyers Flot-

tenaschenbuch oder Köhlers Flottenkalender, in der Deutschen Bücherei Leipzig gesperrt, fanden so ihre Nutzer. Genauso begehrt waren schwer erwerbbar Bücher zur Seegeschichte, etwa das Nachschlagewerk „Schiffe der NATO im Ostseeraum“: Sie galten als typische „Bückware“.

Die Teilnehmer waren innerhalb des generellen Themas unterschiedlich fokussiert. So interessierten sich die einen für Handelsschiffe, die anderen für Passagierschiffe. Wieder andere legten ihr Augenmerk auf Kriegsschiffe. Im letzteren Fall spielte natürlich die historisch-politische Situation eine wesentliche Rolle. Wollte also jemand zum Beispiel mehr von französischen Kriegsschiffen des Zweiten Weltkrieges erfahren, so war es naheliegend, sich auch mit der Besetzung Frankreichs und somit der Verwendung der französischen Kriegsschiffe auseinanderzusetzen.

Schwerpunkt der Beschäftigung dürften jedoch vor allem technische Fragen gewesen sein. Wer etwa wissen wollte, welche Antriebsleistung z.B. die Derfflinger (Deutschland) oder die Royal Oak (England), die Kirow (Sowjetunion) oder die Wisconsin (USA) bzw. die Yamato (Japan) besaßen, der stellte die Frage in die Runde.

In den meisten Fällen kannten sich die „Freunde“ außerhalb des Briefverkehrs nicht persönlich. Erst im November 1975, bei einem Treffen, einer Tagung gleichzusetzen, sahen sich jahrelange Briefpartner das erste Mal. Im August 1974 trafen sich die „Berliner Aviso-Freunde“, um die Interessengemeinschaft in eine öffentlich genehmigte und vor allem unterstützte Arbeitsgruppe zu überführen. Später gründete sich der Arbeitskreis für Schifffahrts- und Marinegeschichte der DDR (AKSM, 1975-1992).

Zwar war nunmehr eine legale Grundlage geschaffen worden, die materiellen Probleme blieben aber. Druckgenehmigungen standen auf der Kippe, damit verbunden die Freigabe von Druckpapier. Der Berliner Bernd Oesterle berichtet von der Beschaffung von Abzugspapier für das Ormig-Verfahren, außerdem davon, daß die Druckplatten der Genehmigungspflicht unterlagen, genauso wie der Besitz

des Vervielfältigungsapparates. Zwar gab es in den 1970er Jahren Xerox-Geräte auch in der DDR, jedoch waren sie nicht öffentlich zugänglich. Oesterle berichtet von Wolfgang Müller, der für das Thema „Wrackbergung“ den Überrest einer 28 cm-Granate der Schlesien spendierte. Transportiert nach Berlin, wurde das über 100 kg schwere Fundstück mit einem Trabbi.

Wie kam eigentlich ich in Kontakt zu „Aviso“?

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre sah ich eines Tages ein Schiffsmodell in einem Teich schwimmen. Vom Besitzer erfuhr ich, daß es eine private Gruppe gab, die seltenes Wissen zur Seefahrtgeschichte teilte. Ein wunderbarer Anknüpfungspunkt mitzumachen. Das Problem war nur, daß ich mit meinen etwa 15 Jahren viel zu jung schien, um mich in diesem Kreis Älterer bewegen zu können. Eine gute Idee war nötig, und sie kam mir. Dabei nützte es, daß ich mich darauf verstand, Briefe mit Maschine zu schreiben. Die Unterschrift (mit echtem Namen) gestaltete ich so, daß sie der eines älteren Menschen ähnlich war...

So wurde ich Teil einer Umlaufgruppe, und ich schickte die Briefe stets zuverlässig weiter. Als mein spezielles Interesse gab ich japanische Flugzeugträger des Zweiten Weltkrieges an. Für den Krieg im Pazifik interessierte ich mich tatsächlich. Ich erinnere mich, daß ich einmal von der Deutschen Bücherei Leipzig Xerox-Kopien aus gesperrter Literatur erhielt: Kosten 20,70M. Die Fotos und Spantenrisse benötigte ich für den Modellbau.

Als ich Jahre später wegen ganz anderer Literatur bei der Stasi in Untersuchungshaft saß, war von „Aviso“ keine Rede. Wie ich bei meiner Akteneinsicht feststellen konnte, wunderten sich die MfS-Leute über den Begriff „Umlaufgruppe Meißen“, konnten damit aber offenbar nichts anfangen. Oder, was eher anzunehmen ist: Sie wollten nicht. Gefragt jedenfalls haben sie mich nicht danach.

Und meine Recherchen in der Stasiaktenbehörde in Sachen „Aviso“ blieben ohne Ertrag.

Sachen gabs...

(Quellenhinweis: Bernd Oesterle, Der Arbeitskreis für Schifffahrts- und Marinegeschichte der DDR (AKSM) 1975–1992, Düsseldorf 1997)

## Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.



## Das Schweigen endlich brechen

Der zweimal coronabedingt verschobene 1. Bundeskongreß politisch verfolgter Frauen in der SBZ-DDR-Diktatur konnte im dritten Anlauf endlich stattfinden, und zwar vom 6. bis 8. August 2021 in Stollberg/Erzgebirge. Thema: Nach 30 Jahren das Schweigen brechen – mit spannenden Vorträgen vor aufmerksamem Publikum, guten Gesprächen sowie Besichtigung des ehemaligen Frauenzuchthauses Hoheneck, ab 1862 in der ehemaligen Ritterburg Hoheneck als „Königlich-Sächsische Weiberzuchtanstalt“ eingerichtet. Vielen Teilnehmerinnen sowie einigen männlichen Begleitern war Knast-Thematik nicht unbekannt. Sie mußten in Hoheneck und anderen SBZ/DDR-Strafanstalten „Verbrechen“ absitzen, für die es in einem demokratischen Staat nicht einmal Begriffe gäbe, wie z.B. für solch absurde Beschuldigung wie die gegen die 18jährige Margot Jann, geb. Senf, aus Großröhrsdorf. Ihre Geschichte: sie wurde im Herbst 1945 verhaftet zusammen mit vier befreundeten Jugendlichen. Die Anklage lautete: „Flugblätter verteilt, Anschläge geplant sowie eine faschistische Untergrundorganisation aufgebaut“ zu haben. Die fünf – darunter zwei Mädchen – wurden durch ein NKWD-Tribunal zum Tode verurteilt; zwei aus der Gruppe sofort erschossen. Erst nach der Wende erfuhr Margot, daß ihre Freundin Brunhilt zu den Hingerichteten gehörte. Margot wurde kurze Zeit später zu 10 Jahren Besserungslager begnadigt. 1950 im Winter wurde sie zusammen mit 1180 Frauen und 30 Kleinkindern vom „Speziallager“ Sachsenhausen nach Hoheneck verbracht und überraschenderweise im Oktober 1950 entlassen. Gleich nach dem Zusammenbruch der DDR trat sie dem im Westen von Maria Stein gegründeten „Frauenkreis ehemaliger Hoheneckerinnen“ bei und war später für einige Zeit dessen Vorsitzende. Leider konnte sie aus familiären Gründen ihre geplante Teilnahme am Kongreß nicht wahrnehmen.

Der erste Bundes-Frauenkongreß wurde vom 2019 gegründeten Verein „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR e.V.“ angeregt, gemeinsam organisiert mit der UOKG und fand statt im Bürgergarten der Stadt Stollberg, wo das Frauenzuchthaus Hoheneck weithin sichtbar über der Stadt thront. Der Kongreß wurde finanziell gefördert von der Bundesbeauftragten

für Kultur und Medien, Staatsministerin Professorin Monika Grütters.

Marcel Schmidt, langjähriger OB von Stollberg, begrüßte als 1. Redner die Anwesenden und erläuterte die Geschichte der „Verwahranstalt“, wo Menschen ohne Mitleid, ohne Respekt und ohne Perspektive verwahrt wurden. Wie diese Verwahrung erlebt wurde, davon konnten viele Frauen berichten.

Anschließend sprach Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG. Fazit seiner Ansprache war, daß „uns die Vergangenheit auf keinen Fall einholen darf, sondern weiter aufgearbeitet werden muß“. – Während Dombrowski in Cottbus in Haft saß, waren zwei seiner Schwestern in Hoheneck inhaftiert, eine der beiden nahm am Kongreß teil. Mit seiner Rede beim Gottesdienst am Sonntag, an der auch Stollberger und Stollbergerinnen teilnahmen, berührte er die Menschen im Herzen, so war allgemein zu hören.

Es folgte Konstanze Helber, Vorsitzende und Mitgründerin des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur e.V., Vorstandsmitglied in der UOKG und Hoheneckerin. Sie erläuterte, daß zu dem Kreis politisch verfolgter Frauen auch diejenigen zählen, die ohne Haft schlimmste Repressionen erleben mußten wie Kindeswegnahme und Zwangsadoption, Sippenhaft, Zwangsaussiedlung, Wohnort- und Arbeitsplatzbindung, Berufs- und Bildungsverbot, medizinische Versuche und gedopte Sportlerinnen. Es ist wichtig, sagte sie, daß sich die Frauen positionieren, laut werden und „das Schweigen brechen“. Die erlittenen Repressalien erlauben kein weiteres Schweigen. Bislang waren Frauen in der Aufarbeitungsszene und Öffentlichkeit wenig sicht- und hörbar und wurden somit weniger wahrgenommen.

Evelyn Zupke – im Juni 2021 als „Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur“ gewählt, betonte ihren persönlichen Bezug zu Hoheneck. Da die Mutter einer Freundin dort in Haft saß, war ihr diese Anstalt, die sie erstmals besichtigte, ein Begriff. Die Freundin konnte zum Glück derweil bei den Großeltern leben, mußte nicht ins Heim. Frau Zupke erinnerte u.a. an Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen. Bislang hat leider als einziges Unternehmen nur IKEA eingestanden, daß es in DDR-Haftanstalten arbeiten ließ. Der

Kongreß hatte sich sofort bereit erklärt, ein wissenschaftliches Forschungsprojekt der UOKG finanziell zu unterstützen. Das Ergebnis war, daß IKEA nur als „Spitze eines Eisbergs“ anzusehen sei. Tatsächlich wurde eine Anzahl namhafter Unternehmen aufgespürt, die von Zwangsar-



Das ehemalige Frauenzuchthaus Hoheneck, teilweise eingerüstet.

beit in DDR-Gefängnissen profitiert hatten, jedoch will sich bis jetzt keine weitere Firma dazu bekennen. Zupke beteuerte in ihrer emotionalen Rede, die Unternehmen in die Verantwortung nehmen zu wollen. Der Vorstand des Frauenforums hatte sie zum Kongreß eingeladen, als sie kurz nach ihrer Wahl das Büro der UOKG in Berlin besuchte.

Birgit Neumann-Becker, die amtierende Bundesbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte ab 1983 der Gruppe „Frauen für den Frieden“ in Halle angehört. Darum betonte sie in ihrer Rede, daß ehemals inhaftierte Frauen der Öffentlichkeit unbedingt von ihren grausamen Verletzungen und Zerstörungen an Leib und Seele berichten müssen. Sie finde es beklagenswert, daß fast jede Gedenkstätte politischer Haft in der SBZ/DDR von ehemaligen Häftlingen erkämpft werden muß. Hier müsse sich die Öffentlichkeit bzw. die Politik viel mehr engagieren.



Sie bedauere die Situation vieler Frauen, deren physische und gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Haft oft sehr schleppende bis gar keine Anerkennung finden. Die Landesbeauftragte hat ein Forschungsprojekt entwickelt, mit Universitäten von Rostock, Jena und Leipzig, das sich mit Langzeitfolgen und besonders Fehlbegutachtungen beschäftigt. Sie munterte die Anwesenden auf, unbedingt miteinander zu sprechen.

Alexandra Pohlmeier, Filmemacherin, erinnerte am ersten Abend mit berührenden Filmsequenzen an das schwere Schicksal von Edeltraud Eckert, die kurz vor ihrem Tod 1955 aus dem Haftkrankenhaus in Leipzig ihrer Familie noch aufmunternde Briefe schrieb. Die 1930 geborene Lyrikerin landete als Flüchtling aus Oberschlesien in Potsdam, wurde 1950 verhaftet und zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Ihr Verbrechen: sie hatte sich in der KgU (Kampfbund gegen Unmenschlichkeit) engagiert. In Haft durfte sie sogar wegen guter Arbeitsleistung Gedichte schreiben. Es entstanden 101 Gedichte, in denen sie zwischen Auflehnung, Angst, Resignation und Hoffnung die Haftzeit beschreibt. In Hoheneck erlitt sie 1955 einen entsetzlichen Arbeitsunfall, sie wurde von einer Nähmaschine skalpiert, die sie reparieren sollte. Das mitleidlose und konfuse Personal fand angeblich den Schlüssel für den Medikamentenschrank nicht, traute sich auch nicht, Hilfe zu holen, so wurde wertvolle Zeit vertan, die sie nach vierteljährigem Leiden das Leben kostete. Die Eltern erhielten mit ihren Habseligkeiten das Heft mit den wunderbaren lebensbejahenden Gedichten. Ines Geipel und Joachim Walther veröffentlichten später die Ge-

dichte im „Archiv unterdrückter Literatur in der DDR“ – unterstützt von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED Diktatur.

Sibylle Dreher eröffnete die Vortragsreihe am zweiten Kongreßtag mit dem Thema „Deportationen“. Sie selber flüchtete mit Mutter und drei Geschwistern im Winter 1945 aus Westpreußen nach Bremen. Flucht und Vertreibung war stets Thema in der Familie, und so wurde sie konsequenterweise Sozialarbeiterin und später langjährige Präsidentin des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen. Sie stellte Schicksale von verschleppten Frauen vor, die bereits ab Herbst 1944 mit dem Einmarsch der Roten Armee im Osten willkürlich gegriffen, vielfach auch vergewaltigt, und in wochenlangen Viehwaggontransporten nach Sibirien deportiert wurden. Hier mußten sie u.a. unter Tage schuften, bei minus 40°C nach kilometerlangem Anmarsch durch Schnee und Eis Bäume fällen, im Sommer bei hohen Temperaturen und Mückenplage Erntearbeiten verrichten. Und das bei unzureichender Verpflegung und Kleidung und ohne Zuversicht, je wieder nach Hause kommen zu können. Unzählige Frauen wurden in sibirischer Erde anonym verscharrt. In der Nähe des Lagers von Schadrinsk hat die russische Bevölkerung einen Gedenkstein für diese Frauen errichtet. Ein Abbild hiervon befindet sich auf dem Garnisonsfriedhof in Berlin Neukölln. Vor 20 Jahren hatte der Frauenverband im BvD bereits Fragebögen an betroffene Frauen verschickt, diese gebeten, ihr Schweigen zu brechen und über ihr Schicksal zu berichten. Sibylle Dreher kam mit ihrer Vortragsweise beim Publikum sehr gut an. Im Anschluß schilderte sie das Schicksal von Margot Jann, wie sie es gemeistert hat und heute noch meistert.

Dr. Sibylle Plogstedt, Sozialwissenschaftlerin und Publizistin, berichtete, daß sie sich 1968 während des kurzen Prager Frühlings in Prag aufgehalten hatte, gerade als die Truppen des Warschauer Pakts einmarschierten. Sogleich trat sie einer tschechischen oppositionellen Gruppe bei, wurde im Dezember mit 24 Jahren mit der Gruppe zusammen verhaftet und 1971 zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Nach eineinhalb Jahren entlassen, wurde sie ausgewiesen. Ihre Hafterfahrungen in der ČSSR beschrieb sie in einem autobiografischen Buch: „Im Netz der Gedichte. Gefangen in Prag nach 1968“. Plogstedt hat zahlreiche Bücher veröffentlicht u.a. das Buch „Knastmauke“. Sie interviewte

## Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 961 24 43

Fax (03 41) 961 24 99



Evelyn Zupke.



Birgit Neumann-Becker.



Sibylle Dreher.

ehemalige Häftlinge und konnte u.a. feststellen, daß diese außer der Haft noch anschließend „staatsmobbing“ ausgesetzt worden waren wie Berufsverbot, psychische Folter und daß viele dieser Frauen heute noch teilweise in Armut leben. Insgesamt, so vermerkte sie, haben etwa 3000 „politische“ Frauen in DDR-Haft gesessen. Das Ergebnis der friedlichen Revolution hätten die Frauen sich anders vorgestellt. Plogstedts Resümee: Die heutige Armut der Häftlinge ist eine Traumafolge, weil sie selten bis nie aufgefangen wurden.

Weitere Vortragsthemen waren: „Frauen im Widerstand“ von Historikerin Dr. Katharina Lenski, „Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf Frauen“ von Psychologin Dr. Maya Böhm, „Psychische Repressionsfolgen bei Frauen“ von Psychologin Stefanie Knorr, „Gesundheitliche Langzeitfolgen“ von Psychologe Adrian Gallistl, „Studie zur aktuellen Lebenslage von Menschen aus dem Land Brandenburg“ von Petra Morawe und über „Sexuelle Gewalt als Teil politischer Repression“ berichtete aus seiner Praxis Dr. Karl-Heinz Bomberg, Arzt und Liedermacher. Christian Lieberwirth in Vertretung von Dr. Steffi Lehmann vom Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. referierte darüber, daß Kaßberg für viele Frauen die letzte Station vor dem Freikauf bedeutete.

Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer, konnte leider nicht persönlich erscheinen, hat sich aber mit einer Videobotschaft zu uns nach Stollberg gebeamt. Prof. Stefan Appelius, der Projektleiter Aufbau Gedenkstätte „Frauenzuchthaus Hoheneck“ in Stollberg, nahm zeitweilig am Kongreßgeschehen als Gast teil.

Carla Ottmann – stellvertretende Vorsitzende in der UOKG, dem Frauenforum und „Hoheneckerin“ – trug den Forderungskatalog vor, zu dem die Frauen gebeten wurden, ihre Wünsche und Ideen einzubringen. Aus dem Forderungskatalog wurde die endgültige Fassung der Resolution erarbeitet, die Konstanze Helber während der Abschlußveranstaltung verlas. Von 109 Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben 80 mit Unterschrift ihre Zustimmung bekundet. Die Resolution wird Evelyn Zupke, die Opferbeauftragte, nach der Bundestagswahl den Parteivorsitzenden aller im Bundestag vertretenen Parteien übergeben mit der Aufforderung, diese in ihren Aufgabenkatalog aufzunehmen.

Am Sonntag fand in der St. Jakobi Kirche ein Gottesdienst statt zum Gedenken an Frauen als Opfer politischer Repression mit und von Pfarrer Matthias Müller, der mit viel Empathie und Verständnis auf die Leiden der Frauen einging. Hiernach ergaben sich auch noch gute Gespräche mit Stollberger Teilnehmenden des Gottesdienstes, die offenbar gut zugehört und entsprechend interessierte Fragen an ehemalige Häftlingsfrauen hatten.

Die insgesamt vier angebotenen Gefängnis-Führungen wurden gern angenommen. Vor den jetzigen Renovierungsmaßnahmen hatte ich Hoheneck schon einmal besichtigt, als Besucherin. Jetzt waren die Gebäude hofseitig eingerüstet, der Hof lag voller Baugerümpel. Ehemalige Insassinnen fanden ihre Zellen nicht mehr, weil im Inneren der Gebäude bereits umfangreiche Umbaumaßnahmen getätigt wurden, ohne diejenigen einzubeziehen, die jahrelang hier eingekerkert waren. Vor zehn Jahren befanden sich in einigen „Naßzellen“ m.E. noch große Waschtröge, ähnlich wie Schweinekobben, die waren jetzt verschwunden.

In den letzten DDR-Jahren wurde schon mal ein wenig „modernisiert“ und einige Zellen mit Waschbecken und Toiletten versehen. Der gruselige, kalte, fensterlose Keller ist noch einigermaßen von Baumaßnahmen verschont geblieben. Es bleibt zu hoffen, daß wenigstens dieser für alle Zeit im Originalzustand für die Nachwelt erhalten bleibt. Die Wasserzelle ist noch zu sehen, wie auch die Dunkelzelle. Im Eingangsbereich des Zellenhauses erkennt man einen „Tigerkäfig“. Er diente zusätzlicher Bestrafung. Zwischen Mauer und Tür zum Gang war noch ein zweites abschließbares Gitter angebracht, wo der „Kübel“ stand, den die eingegitterte Frau nur mit Genehmigung des Personals benutzen durfte. Das weibliche Personal wurde von den Frauen verachtend als Wachtel tituliert.

Viele Gefangene Hohenecks waren sexuellen Übergriffen ausgesetzt, erhielten nur unzulängliche ärztliche Hilfe, bekamen gegen ihren Willen Psychopharmaka gespritzt bzw. oral, wenn sie „aufsässig“ waren oder noch schlimmer: Dunkel- oder Wasserzelle im Keller. In vielen Gefängnissen so auch in Hoheneck mußte zwangsgearbeitet werden, z.B. mit Nähen von Damenstrümpfen, Bettwäsche und anderen Textilien, die nach Westdeutschland verkauft



Fotos: S. Krägel

Tigerkäfig im Frauenzuchthaus.

wurden. Unter harten Normenvorgaben konnte man sich mit Zwangsarbeit ein kleines Taschengeld verdienen, wofür man im Gefängniskiosk Körperpflegemittel oder Zigaretten erwerben konnte. Viele kamen über 5 Mark „Verdienst“ nicht hinaus. Nachdem 1989 alle „Politischen“ entlassen waren, verblieben Kriminelle noch bis 2001, dann war das Ende für das Gefängnis gekommen. – Etwa 6000 West-Firmen profitierten von dieser Zwangsarbeit. Totalitäre Regime – mitunter auch demokratische – scheuen sich eben nicht um Menschenrechte. Hauptsache billig!

Zum Schluß bedankte sich Dieter Dombrowski bei der Versammlung für die zahlreiche aktive Teilnahme und drückte seine Zufriedenheit über den gelungenen Kongreßverlauf aus. Und: Da die DDR den Frauentag schon mal „erfunden“ hat, werden wir dieses Datum auch für uns nutzen – für den nächsten Frauenkongreß am 8. März 2023.

Der Kongreß war sowohl für Organisatoren und Teilnehmer ein voller Erfolg – großes Lob an alle fleißigen „Heinzelfrauen und -männer“. Das Kongreßgeschehen wurde gestreamt, so daß zu Hause Gebliebene teilnehmen konnten, auch jetzt noch über den Youtube-Kanal UOKG-News nachzusehen.

## Frauen bewältigen Extremsituationen

Der Frauenverband im Bund der Vertriebenen hatte zu einer internationalen Begegnungstagung unter dem Titel „Frauen bewältigen Extremsituationen“ in die Bildungsstätte Heiligenhof in Bad Kissingen eingeladen. Die Tagung fand vom 30. Juli bis zum 1. August 2021 unter dem Vorsitz von Dr. Maria Werthan, der Präsidentin des Frauenverbandes, statt.

Dr. Werthan hatte schon in der Einladung darauf hingewiesen, daß es auf dieser Tagung um die Auseinandersetzung mit den Grenzerfahrungen von starken Frauen geht. Wie haben Frauen das Leben in Grenzsituationen erlebt und ertragen? Konnten sie sich selber treu bleiben? Woher nahmen sie die Kraft, Krisensituationen zu bewältigen, und welches waren ihre Strategien zum Überleben? Wie haben diese Erfahrungen ihre Persönlichkeit, ihr Leben und ihre Beziehungen geprägt? Bekamen sie mitmenschliche Hilfe in der Not?

Bereits am ersten Tag sprach Sibylle Rothkegel, Psychologische Psychotherapeutin aus Berlin, über „Entwicklung von Resilienz in extrem belastenden Lebensphasen“, wie zum Beispiel erzwungener Migration, die in der Spätphase des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit vor allem die Frauen betraf, die allein – die Männer und Söhne waren im Krieg oder gefallen – mit ihren Kindern die schrecklichen Strapazen der Flucht aus den Ostgebieten Europas bewältigen mußten. Mit den erlittenen

Traumata wurden Grundüberzeugungen erschüttert, und die Migrationserfahrungen können noch an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden, wie man heute weiß. Die Psychotherapeutin führte aus, daß es ganz entscheidend für die Verarbeitung der Traumata sei, ob den Frauen private und gesellschaftliche Anerkennung gewährt worden sei, ob sie Perspektiven für ein künftiges Leben wahrnehmen oder Hilfe von Freunden und Verwandten erleben konnten.

Dagmar Freudenberg, Staatsanwältin i.R. sprach am nächsten Tag über „Gewalt gegen Frauen – jahrzehntelang verkrustete Strukturen im gesellschaftlichen und gesetzlichen Wandel“, ein Thema, das bis in die heutige Zeit relevant ist.

Prof. Dr. Karin Sorger, ehemalige Chefarztin im Institut für Pathologie der Klinik am Eichert in Göppingen, war als Gastdozentin geladen. Sie referierte als Vertreterin des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V. über ihr Leben in der ehemaligen DDR, ihren mißglückten Fluchtversuch mit Verhaftung und Aufenthalt im Frauen-Zuchthaus Hoheneck sowie ihren Freikauf und den ihrer kleinen Tochter durch die Bundesrepublik Deutschland. Zugleich hatte sie ihre Autobiographie „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut“ vorgestellt. Für den Abend hatte sie noch eine Kurzfassung der Spiegel TV-Doku-

mentation „Die Frauen von Hoheneck“ mitgebracht.

Katharina Martin-Virolainen M.A., Autorin, freie Journalistin und Spätaussiedlerin, schilderte als Vertreterin der jüngeren Generation eindrucksvoll die Repressionen der deutschen Minderheiten unter Stalin in der damaligen Sowjetunion aufgrund ihrer ethnischen Herkunft. Die feindliche Gesinnung gegenüber den Deutschen, darunter auch ihre Großmutter, gipfelte in systematischen Verhaftungen, Verurteilungen, Erschießungen und Vergewaltigungen sowie Deportationen aus ihren Siedlungsgebieten an der Wolga, im Kaukasus, in Wolhynien und am Schwarzen Meer u. a. nach Sibirien. Die Folge davon waren Enteignung, Verbannung und Straflager mit Zwangsarbeit. Die Familienangehörigen der Verurteilten wurden zu „Feinden des Volkes“ erklärt. Auch nach dem Krieg waren die Deutschen nicht frei. Sie durften nicht in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete an der Wolga zurück und mußten unterschreiben, daß sie keine Ansprüche auf Verlorenes stellen werden.

Katharina Martin-Virolainen setzt sich für die Aufarbeitung ihrer eigenen Familiengeschichte und der Schicksale von anderen rußlanddeutschen Spätaussiedlern in Berichten, Erzählungen und Romanen ein, wissend, daß nur noch wenige Zeitzeugen am Leben sind.

Am letzten Tag erzählte Dr. jur. Helga Engshuber als eine solche Zeitzeugin von ihrer Flucht 1945 aus dem damaligen Sudetenland als neunjähriges Mädchen ohne Mutter mit einem etwas älteren und einem etwas jüngeren Bruder an der Hand nach Deutschland sowie von einer Jugend ohne Vater.

Die Präsidentin Dr. Maria Werthan entwickelte zum Schluß der Veranstaltung Gedanken und Thesen zu einem Leben in Grenzsituationen in Anlehnung an den Philosophen Karl Jaspers, demzufolge sich der Mensch immer in Situationen befindet und Entscheidungen treffen muß. Ihr Fazit: Wenn wir uns dem stellen, Schuld anerkennen, Verantwortung übernehmen und Wandel akzeptieren, bedeutet dies Gewinn für unser Selbstbewußtsein und unsere Selbstverwirklichung.

Karin Sorger

### Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlußveranstaltung am

**Samstag, dem 6. November 2021, Beginn um 10 Uhr**

Ratsstube am Johannisplatz 1 in 09111 Chemnitz  
(Einlaß ist ab 9.30 Uhr), ein.

Wir blicken auf 30 Jahre VOS in Chemnitz und wollen uns im Kreise der Kameradinnen und Kameraden, auch gern in Begleitung Eurer Liebsten und Freunde, wiedersehen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen.

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Teilnahmebestätigung erbeten an:

VOS Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz, Tel. (0176) 76 75 75 51,  
E-Mail VOS.Chemnitz@web.de

# Gedenktafel für DDR-Opfer in Zeitz enthüllt

Nach 30 Jahren konnte sich Stadtrat durchsetzen

Die Stadt Zeitz im Burgenlandkreis liegt im äußersten Süden des 1990 gegründeten Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Sie liegt 45 Kilometer südwestlich der Großstadt Leipzig an der Weißen Elster und hatte 1984 noch 4313 000 Einwohner, von denen nach dem Mauerfall von 1989 rund 15 000 nach Westdeutschland abwanderten. Von diesen Bevölkerungsverlusten waren ausnahmslos alle DDR-Städte betroffen. Es lag an der Stilllegung ganzer Betriebe und Industriezweige, die nach der Wiedervereinigung 1990 nicht mehr konkurrenzfähig waren, was zu Massenarbeitslosigkeit führte.

In Zeitz wurde beispielsweise die 1946 gegründete Kinderwagenfabrik „Zekiwa“, der größte Betrieb dieser Art in Europa, geschlossen. Daß die Stadt über keine ausreichenden Steuereinnahmen mehr verfügt, kann man an zahlreichen verfallenen und leerstehenden Häusern erkennen, bei denen oft auch die Besitzverhältnisse ungeklärt sind.

Im Sommer 1976 errang die zu DDR-Zeiten im Bezirk Halle liegende Stadt traurige Berühmtheit, nachdem sich Pfarrer Oskar Brüsewitz (1929–1976) aus dem Dorf Rippicha am 18. August mit Benzin übergossen und angezündet hatte.

Auch in Zeitz gab es, wie überall im SED-Staat, mutige Menschen, die dafür kämpften, daß ihnen die Menschenrechte, die ihnen laut DDR-Verfassung zustanden, nicht vorenthalten wurden. Dafür konnten sie verhaftet und zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt werden, von 1949 bis 1957 nach Artikel 6 („Boykotttheze“) der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949, seit 1958 nach dem Strafrechtsergänzungsgesetz, mit dem alle Freiheiten, die Bürgertum und Arbeiterklasse im 19./20. Jahrhundert erstritten hatten, abgeschafft wurden.

Dr. Oskar Schmidt, einer der Initiatoren der Zeitzer Veranstaltung vom 11. September, hat in seinem umfangreichen „Antrag auf Anbringung einer Gedenktafel am Zeitzer Altmarkt für die Opfer der SED-Diktatur“ (54 Seiten) vom 24. Juni 2020 eine ganze Reihe von Bürgern aus Zeitz und Umgebung aufgelistet, die durch die SED-Klassenjustiz Jahre ihres Lebens oder ihre Gesundheit verloren.

Der Fall des Pfarrers Oskar Brüsewitz ist dabei nur der bekannteste.

Da wurde 1950 ein Klempnermeister, dessen Betrieb verstaatlicht werden sollte, als „Wirtschaftsverbrecher“ für zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus geschickt. Ein Schüler der Polytechnischen Oberschule kam wegen einer frechen Bemerkung über den SED-Führer Walter Ulbricht ein Jahr ins Gefängnis; seinem Bruder wurde, nach dem Vorbild der NS-Sippenhaft, der Lehrvertrag gekündigt. Kirchlich engagierte Jugendliche wurden jahrelang von der Staatssicherheit bedrängt, verfolgt und zur „Republikflucht“ getrieben, trotz der vom Staat zugesicherten Religionsfreiheit. Antragsteller auf Ausreise wurden, um sie zur Rücknahme ihres Antrags zu zwingen, in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen. Die Kinder politischer Gegner wurden den Eltern weggenommen und zur Adoption freigegeben. Alle diese Verstöße gegen Recht und Gesetz waren republikweit üblich. Die DDR-Behörden machten sich jedes Verbrechens schuldig, das man sich nur denken kann.

Die Gedenktafel für die politischen DDR-Häftlinge, die am 11. September in drei Metern Höhe auf dem Altmarkt am Gewandhaus, dem früheren Volkspolizeikreisamt, angebracht wurde, keine 50 Meter vom Denkmal „Den Opfern des Faschismus“ (1950) entfernt, hat eine lange Vorgeschichte. Schon 1991, zwei Jahre nach dem Fall der Mauer in Berlin, der den DDR-Bürgern Freiheit und Demokratie brachte, wurde der Antrag auf Schaffung eines Gedenkortes in Zeitz gestellt. Damals waren die vier Jahrzehnte DDR-Geschichte mit gnadenloser Verfolgung Andersdenkender im Bewußtsein der Bevölkerung noch höchst lebendig.

Aber auch die Staatspartei SED, die den Untergang ihres Staates angerichtet hatte und nun unter immer wieder neuen Namen wie PDS, Linkspartei, die Linke ihre reaktionären Geschichtspositionen durchzusetzen versuchte, mischte als „sozialistische Partei“ in der Diskussion kräftig mit. So wurde von den Genossen 2005, um die Angelegenheit zu verschleppen, die Frage gestellt, ob es überhaupt während der Besatzungszeit 1945/49 und in den vier Jahrzehnten danach irgendwelche „Opfer“ gegeben

hätte. Die noch immer starke PDS im Zeitzer Stadtrat setzte durch, zunächst eine „Erforschung“ der Stadtgeschichte einzuleiten, obwohl bereits ausführliche Berichte von politisch Verfolgten in Zeitz vorlagen. Der Forschungsauftrag wurde an den PDS-Studenten Franz Hammer vergeben, der 2008 das gewünschte Ergebnis lieferte. Sein 50 Seiten umfassender Text war fast ausschließlich der Zeit vor 1945 gewidmet, die Zeit nach 1945 wurde auf einer halben Seite abgehandelt.

Auch von anderer Seite gab es über die Jahre hinweg immer wieder Versuche, die Aufklärungsarbeit über die SED-Diktatur zu stören und die Anbringung der Gedenktafel zu verhindern. Bis zuletzt stimmte ein Fünftel des Stadtrates von Zeitz dagegen, vermutlich „ehemalige SED-Mitglieder und Funktionäre“ (Oskar Schmidt). Am 3. Oktober 2015, zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung, erschien die Bild-Zeitung mit der Schlagzeile „Warum will Zeitz der Opfer der SED-Diktatur nicht gedenken?“

Das war vor sechs Jahren! Inzwischen ist, obwohl noch erhebliche Widerstände bestehen, die Gedenktafel angebracht. Man kann nur hoffen, daß in einigen Jahren die DDR-Geschichte genauso intensiv erforscht wird wie die Geschichte des „Dritten Reiches“.

Jörg Bernhard Bilke

## Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Hofer Anzeiger ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).

## 30 Jahre Teamarbeit – 30 lat pracy zespołowej

Der DFK – Deutscher Freundschaftskreis Tost e.V. feierte seinen 30. Gründungstag am 15. und 16. Okt. 2021. Vor über 30 Jahren begann auch ich mit der Aufarbeitung des „NKWD-Lagers Tost/Oberschlesien 1945“, wohin u.a. mein Vater, Hans Rasmussen aus Hainichen/ Sachsen, von Bautzen aus deportiert wurde. Ab 1990 konnte ich endlich forschen und habe bis heute über 4550 Häftlingsdaten ermittelt und archiviert. Nach sieben Monaten wurde dieses Lager im November 1945 wieder aufgelöst, derweil ca. 3000 Häftlinge umgekommen und in Massengräbern verscharrt wurden.

Ich habe mit einer kleinen Delegation – darunter die stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte, Magalena Ermlich – an den Feierlichkeiten in Tost teilgenommen. Die kleine Gruppenreise wurde vom Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler, Dr. Jens Baumann vom

Sächsischen Innenministerium unterstützt. Mit dem DFK habe ich vereinbart, daß wir im nächsten Jahr wieder gemeinsam eine Gedenkfahrt/-feier organisieren wollen und möglichst auch wieder für uns interessante Gedenkstätten in Oberschlesien besuchen, wie Auschwitz-Birkenau vor einem Jahr. Genauen Termin mit Teilnehmerkosten werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Der DFK pflegt unsere Gedenkstätte vorbildlich. Da wir schon nicht selber pflegen können, wie Gedenkstein säubern, Unkraut und Laub entfernen, neue Blumen und Büsche pflanzen, mitunter muß auch mal ein Baum ersetzt werden, im Sommer wässern, so sollten wir zumindest die Pflanzen bezahlen. Ich hatte für den Herbst schon drei schöne Blumenschalen bestellt: eine für die Gedenkstätte, eine für die nach Lagerauflösung Verstorbenen, die auf dem Friedhof beerdigt wurden und eine für das Grab von Edel-



Wegweiser zu den Massengräbern.

traut Haltof, früheres Vorstandsmitglied des DFK, die 2018 verstarb.

„Sybille Krägel wegen Tost“

Konto DE56 2004 0000 0368 9080 06.  
„Spende Gedenkstättenpflege Tost“.

Sybille Krägel  
IG NKWD-Lager Tost/OS 1945  
Ehrenbürgerin von Tost

## „Sagen wie es war“: Den Kern der SED-Diktatur freilegen

Am 19. September 2021 endete der 24. Bundeskongreß der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen.

Insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Opfer wiesen auf drängende Probleme in Bezug auf die Anerkennung des Unrechtes in der kommunistischen Diktatur der SBZ/DDR hin.

2020 konnte der Kongreß coronabedingt nicht stattfinden, um so größer war in diesem Jahr das Interesse. Etwa 180 Vertreterinnen und Vertreter der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen kamen in Teilstungen in Thüringen zusammen. Sie tauschten sich u. a. über die Gegenwart und Zukunft der Erinnerungsarbeit aus. Sie bilanzierten den Stand ihrer bisherigen Arbeit, richteten den Blick aber auch auf künftige Projekte.

Im 60. Jahr des Baus der Berliner Mauer war das Thema „Grenzen“ verbindender

Gedanke der Tagung, die direkt an der ehemaligen innerdeutschen Grenze stattfand. Das Grenzlandmuseum Eichsfeld organisierte für die Teilnehmenden ein spannendes Rahmenprogramm.

In Diskussionen wurde die Ambivalenz von Grenzen besprochen: Einerseits entsteht Identität durch Abgrenzung. Andererseits können Grenzen das „Herz der Menschenrechte“ durchschneiden. Die innerdeutsche Grenze forderte viele Todesopfer und brachte großes Leid mit sich. Der Mauerbau 1961 brannte sich tief in das kollektive Gedächtnis Ost- und Westdeutschlands ein. Die Zwangsaussiedlungen nach der Grenzschließung 1952 und am 3. Oktober 1961 bleiben vor allem in den Grenzregionen unvergessen: Über 11 000 Menschen wurden damals aus ihrer Heimat an der innerdeutschen Grenze vertrieben.

Eine Podiumsdiskussion am Samstag behandelte aktuelle Neujustierungen in der Aufarbeitungslandschaft. So sprachen Evelyn Zupke über ihr neues Amt als Bundesbeauftragte für die Opfer der

SED-Diktatur und Prof. Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, über die Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Der nächste Bundeskongreß wird 2022 in Rostock stattfinden.

Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Anne Drescher, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Peter Wurschi, Thüringer Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

## Traumabarbeitung in Neuruppin und Senftenberg

Seit Oktober 2021 gibt es die Möglichkeit der Traumabarbeitung bei Gesundheitsschäden durch politisches Unrecht in der SBZ und DDR, mit dem die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur das Beratungsangebot für ehemals politisch Verfolgte sowie deren mitbetroffene Angehörige erweitert.

Das Angebot richtet sich an alle, die sich bis heute durch die Folgen des politischen Unrechts stark belastet fühlen oder die einen Menschen begleiten, der in der SBZ und DDR traumatische Erfahrungen machen mußte. In einem geschützten Raum für Gespräche bietet die Aufarbeitungsbeauftragte konkrete Hilfe für den nächsten Schritt beim Umgang mit den vielen Zerrissenheiten zwischen Damals und Heute an und unterstützt bei der Bewältigung des Alltags.

Die Beratung erfolgt streng vertraulich, auf Wunsch anonym, und ist kostenlos. Die Beratungen finden vorerst an zwei Orten im Land Brandenburg statt, in Neuruppin und Senftenberg.

Die Beratung kann auch als telefonischer Beratungstermin vereinbart werden.

In Neuruppin findet die Beratung an jedem ersten Freitag des Monats in den Räumen des Vereins Opferhilfe Land Brandenburg statt und wird auch im kommenden Jahr fortgeführt.

**Ort:** Opferhilfe Land Brandenburg e.V., Bilderbogenpassage, Karl-Marx-Straße 33/34, 16816 Neuruppin

**Termine:** 5. November und 3. Dezember 2021 in der Zeit von 13.30 bis 18.00 Uhr

In Senftenberg findet die Beratung an jedem ersten Montag des Monats in den Räumen des Vereins Opferhilfe Land Brandenburg statt und wird auch im kommenden Jahr fortgeführt.

**Ort:** Opferhilfe Land Brandenburg e. V., (In den Räumen der Volkssolidarität), Jüttendorfer Anger 24, 01968 Senftenberg

**Termine:** 1. November und 6. Dezember 2021 in der Zeit von 13.30 bis 18.00 Uhr

Eine vorherige Anmeldung ist für die Beratung erforderlich.

Interessierte melden sich bitte an unter der Telefonnummer (03 31) 23 72 92 15 oder der Mailanschrift [traumabarbeitung@lakd.brandenburg.de](mailto:traumabarbeitung@lakd.brandenburg.de).

## Sonderausstellung auf Point Alpha eröffnet

Zur Eröffnung der Sonderausstellung „70 Jahre im Einsatz – Vom Bundesgrenzschutz zur Bundespolizei“ erschienen am 12. September zahlreiche Gäste auf Point Alpha. In ihrer Ansprache erinnerte Professorin Monika Grütters, MdB (CDU) an die Zeit, als die innerdeutsche Grenze noch stand. Sie zeichnete ein Bild von Stacheldraht, Splitterminen und dem Befehl an DDR-Grenzer, auf Landsleute zu schießen.

Ein Zitat von Altbundespräsidenten Joachim Gauck aufgreifend, bezeichnete sie

die Menschen, die im Osten lebten, als Insassen eines Staates, der vorgab, man habe es in der DDR gut. „Der daraus resultierende Trugschluß offenbarte sich auch dem letzten Bürger als die Grenze fiel.“

„Das Unrecht, was in diesem Land geschah, ist auch 30 Jahre danach noch von großer Bedeutung.“ An den Freiheitszug, aber auch an das Unglück, welches die Mauer für viele bedeutete, müsse man erinnern. „Wir dürfen nie vergessen.“ Menschen, die sich nach Freiheit sehnten,

starben an der innerdeutschen Grenze innerhalb der DDR – erschossen von Landsleuten, die einen Übertritt um jeden Preis verhindern mußten.

Aus dem Bundesgrenzschutz sei heute die größte deutsche Polizeibehörde geworden, sagte der Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Udo Götze. „Ich bin überzeugt davon, daß die Kollegen dort alle Aufgaben, die noch kommen werden, hervorragend bewältigen werden.“

## Zeitzeugenaufwurf zu Rehabilitierungsfragen

Forschungsprojekt zu Wiedergutmachungsmaßnahmen für Opfer der kommunistischen Diktatur sucht Betroffene, die über ihre Erfahrungen mit Rehabilitierungsgerichten, -Behörden, Betreuung und Beratung Auskunft geben können. Die Interviews sollten möglichst im persönlichen Gespräch mit unseren Wissenschaftlern stattfinden (ca. 1–2½ Stunden), könnten aber auch online oder am Telefon durchgeführt werden. Unser Forschungsprojekt deckt alle Formen der Benachteiligung ab. Freiheitsentziehung in Haft, Psychiatrien oder Heimen, Vermögensentziehung oder Kollektivierung, Vertreibung aus Grenzgebieten, gezielte Benachteiligung in Ausbildung und Beruf,

Trennung von der Familien (Zwangsadoption) oder Drangsalierung aus politischen Gründen (Zersetzung) etc. Von Interesse sind auch Erben und Verwandte ersten Grades der einst Verfolgten.

Die Interviews werden auf Wunsch anonym ausgewertet.

Das Forschungsprojekt „Rechtsfolgen der politischen Verfolgung im vereinigten Deutschland“ in der Arbeitsgruppe Aufarbeitung und Recht der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) widmet sich den rechtlichen Regelungen zur Unrechtsbereinigung in ihrer ganzen Breite, untersucht

ihre Entstehung und Handhabung und fragt nach Versäumnissen und Defiziten. Das Forschungsprojekt ist Teil des bis Ende 2022 vom BMBF geförderten Forschungsverbundes Landschaften der Verfolgung.

E-Mail:  
[LdV-Teilprojekt-Recht@europa.uni.de](mailto:LdV-Teilprojekt-Recht@europa.uni.de)

Projekt Rechtsfolge des Unrechts im vereinigten Deutschland/ Co Juristische Fakultät, Prof. Weberling z. Hd. Dr. Christian Booß, Stichwort Rehabilitierungsumfrage

Europa-Universität Viadrina, Große Scharrnstraße 59, 15230 Frankfurt(Oder)

## Abschied

### Else Thomas

Am 5. September 2021 verstarb die in Leipzig lebende Else Thomas im Alter von 94 Jahren.

Die am 16. Oktober 1926 im niederschlesischen Jarischau Geborene wächst behütet in einem christlich geprägten Elternhaus auf. Mit Politik hat die Familie nichts zu tun. Doch in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs gerät ihr Heimatort zwischen die Fronten, mal sind die Russen da, dann die Deutschen, dann wieder die Russen. Die Familie entscheidet sich gegen eine Flucht. Else Thomas wird am 12. März 1945 von der Straße weg verhaftet. Daß die Familie nicht geflohen war, macht sie verdächtig. Kurze Zeit später wird sie im Viehwaggon nach Sibirien deportiert. Unter den 2000 Gefangenen sind 150 Frauen und Mädchen. Nach vier Wochen erreichen sie Kemerowo.

In einem Kriegsgefangenenlager mit deutschen und japanischen Häftlingen leistet Else Thomas Zwangsarbeit, sieben Tage die Woche, im Winter bei minus vierzig Grad. Else Thomas muß viereinhalb Jahre in diesem Lager bleiben. Später sagt sie: „Ich denke heute noch daran, daß dort in Kemerowo zuerst die Kriegsgefangenen

heim durften und wir Frauen, die wir gar nichts gemacht haben, wir saßen bis zum Schluß.“

Nach ihrer Rückkehr in die DDR führt Else Thomas ein angepaßtes Leben, um nicht aufzufallen. Nur mit ehemaligen Haftkameraden spricht sie über das Erlebte. Erst nach dem Mauerfall bricht sie ihr Schweigen und engagiert sich für eine Würdigung des erlittenen Unrechts. Sie spricht auf Veranstaltungen und in Schulen, ist im Bund der stalinistisch Verfolgten aktiv. Für eine strafrechtliche Rehabilitierung der Zivilverschleppten kämpft Else Thomas Zeit ihres Lebens ohne Erfolg. Als Anerkennung ihrer Leiden erhält sie lediglich die erst 2016 beschlossene Anerkennungsleistung für ehemalige deutsche Zwangsarbeiter. Auch wenn die Ausgleichszahlung in Höhe von 2500 Euro keine Rehabilitierung ist, ist ihr diese Anerkennung wichtig, weil in diesem Zusammenhang das Leid der Zivildeportierten ins Blickfeld gerät.

Else Thomas setzt sich bis zuletzt dafür ein, das Unrecht an den Frauen bekannt zu machen und ihnen eine Stimme zu geben. Noch im Jahr 2016 stellt sie mit der

Landesbeauftragten ihr Schicksal bei der Leipziger Buchmesse vor und steht dem MDR als Interviewpartnerin zur Verfügung. Aus dem Altenheim heraus steht sie für Fragen bereit, ist bis zuletzt geistig rege und interessiert an den Fragen unserer Zeit. Wir werden sie vermissen. Ihr ernsthafter Ton und ihre auf Ausgleich und Toleranz ausgerichtete Haltung werden uns in der Aufarbeitung fehlen.

Dr. Nancy Aris  
Sächsische Landesbeauftragte zur  
Aufarbeitung der SED-Diktatur

### Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

### Reinhard Schult

Reinhard Schult ist tot. Er starb in der Nacht zum 26. September kurz nach seinem 70. Geburtstag nach langer schwerer Krankheit. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte trauert um einen guten Freund, langjährigen Mitsstreiter in der Oppositionsbewegung der DDR und einen unvergessenen ehemaligen Kollegen.

„Reinhard Schult war einer der profiliertesten Systemkritiker der späten DDR und einer der engagiertesten Akteure der Friedlichen Revolution“, würdigt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello den Verstorbenen. „Daß wir heute die Stasi-Akten einsehen können, haben wir auch ihm zu verdanken.“ Bei der Erstürmung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Januar 1990 und der nachfolgenden Auflösung des MfS hat Schult eine herausragende Rolle gespielt. Mit der Besetzung des Stasi-Unterlagen-Archivs im September 1990 trugen Bürgerrechtler um Schult mit dazu bei, daß die Stasi-Akten für Betroffene,

Forschung und Medien geöffnet wurden. In den folgenden beiden Jahrzehnten war Reinhard Schult einer der engagiertesten Verfechter bei der Aufklärung der SED-Diktatur.

Für den Amtsvorgänger des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten war Reinhard Schult mehrere Jahre als Bürgerberater tätig. „Reinhard hat vielen Menschen in Berlin und Brandenburg bei Fragen von Rehabilitierung und Entschädigung geholfen“, erinnert Tom Sello an den einstigen Kollegen. Weil es bis 2010 in Brandenburg keinen eigenen Aufarbeitungsbeauftragten gab, bot Schult im Auftrag des Landesinnenministeriums regelmäßig Beratungen für Verfolgte der SED-Diktatur in den brandenburgischen Städten und Gemeinden an. Im Jahr 2010 wechselte Schult dann zur neu geschaffenen Behörde der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur nach Potsdam.

Seine Wurzeln hatte Schult in der kirchlichen Jugendbewegung. Am Sprachenkonvikt, der kirchlichen Hochschule in Ost-Berlin, studierte er kurzzeitig Theologie. Den Waffendienst bei der Nationalen Volksarmee verweigerte er und wurde Bausoldat. Im Jahr 1979 wurde Schult wegen „öffentlicher Herabwürdigung“ zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. In der Folge engagierte er sich zunehmend in der Menschenrechts- und Friedensarbeit, insbesondere im Friedenskreis Friedrichsfelde und in der Kirche von Unten.

Schult gehörte 1989 zu den Gründungsmitgliedern des Neuen Forums und war dessen Vertreter am Zentralen Runden Tisch. Von 1991 bis 1995 saß er für das Neue Forum im Berliner Abgeordnetenhaus. Über viele Jahre gehörte er dem Vorstand des Bürgerkomitees 15. Januar e.V. an.

Berliner Beauftragter  
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



## Gegen die Nacktheit des Lebens

Im Jahr 1995 beschrieb der italienische Philosoph Giorgio Agamben in seinem Buch „Homo sacer“, wie das „nackte Leben“ des Menschen in den Fokus des Politischen und der Macht gerät. Statt politisches, mit bürgerlichen Rechten und Pflichten ausgestattetes Subjekt, wird der Mensch als rein biologische Einheit zum Objekt politischer Interessen und Maßnahmen. Diese Tendenz beginnt zunächst im „Ausnahmestand“, als „Bann“, d. h. bezogen auf Personen, die – etwa als Methode der Kriminalstrafe – aus der rechtlichen Gemeinschaft ausgeschlossen werden, findet aber ihren Weg in immer mehr Bereiche, bis schließlich der Normal- vom Ausnahmestand aufgezehrt bzw. beides nicht mehr voneinander zu unterscheiden ist.

Historische Plausibilität erhält dieses Konzept in der Zeit der Sowjetunion unter Josef W. Stalin: In dieser Zeit – vor allem in den Zwanziger- und Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts – war potentiell jedermann, unabhängig von politischer Einstellung oder sozialem Status, einer rasenden Tötungsmaschinerie ausgesetzt. Die unkalkulierbare politische Willkür, die den Menschen zu einem immer schon denkbar getöteten macht, produziert hierdurch das „nackte Leben“, das sie sich umfassend verfügbar macht.

Es sind diese Umstände, die den Hintergrund des 2016 erschienenen Romans „Ein Gentleman in Moskau“ von Amor Towles bilden. Graf Alexander Iljitsch Rostov, der letzte Sproß einer vormals reichen und einflußreichen russischen Adelsfamilie, wird 1922 von einem sowjetischen „Notstandskomitee“ beinahe zum Tode verurteilt. Allein seine Urheberschaft eines politisch-aufrührerischen Gedichts nach der Revolution von 1905 erspart ihm dieses Schicksal. Statt dessen wird ihm bei Androhung sofortiger Erschießung verboten, das Hotel „Metropol“ in Moskau, in dem er bereits seit einiger Zeit residiert, jemals wieder zu verlassen. Zahlreicher Privilegien beraubt und von seiner noblen Luxussuite in eine bescheidene Dachkammer verbannt, beginnen für die „ehemalige Person“ Rostov Jahrzehnte vermeintlicher Eintönigkeit. Doch zwischen den täglichen Routinen in einem überschaubaren räumlichen und sozialen Umfeld ereignen sich Begegnungen und Abenteuer, reifen Erkenntnisse und Charakter.

Der Graf erhält sich in dieser Zeit seinen über Jahre kultivierten Stil, seinen exzellenten Geschmack und nicht zuletzt ein zutiefst menschliches Ethos. Wenn er Wert auf die Position einer bestimmten Gabel auf dem Tisch oder ein bestimmtes Verhalten eines Kellners legt, ist dies kein blinder Rekurs auf untergegangene Konventionen, sondern immer Ausdruck einer tiefen Kenntnis der Gründe für diese, für das, was damit ausgedrückt werden soll – sei es echte Wertschätzung oder diplomatische Distanz.

Das Hotel wird ihm zum Kosmos, vor allem durch die Menschen, die er dort kennenlernt, nun nicht mehr als Gast – das heißt vorübergehend – sondern wie die Menschen, die das eigene Leben eben prägen: Da ist etwa Nina Kulikowa, das „Mädchen mit einer Vorliebe für Gelb“, das als Tochter eines ukrainischen Bürokraten im „Metropol“ leben muß. Sie möchte von dem Grafen erlernen, wie sich eine Prinzessin zu verhalten hat – nur um schließlich ihm die Geheimnisse des Hotels beizubringen, all die geheimen Räume und Gänge, die sie sich spielend und mit einem stibitzten Generalschlüssel erschlossen hat.

Oder „der Läufer“, ein ungeschickter und unangenehmer Kellner im Restaurant des Hotels, der Jahre später als Genosse Leplewski unter den Sowjets zum Direktor des „Metropol“ aufsteigt und mit dem Grafen eine herzliche wechselseitige Abneigung teilt. Oder der KP-Funktionär Oberst Ossip Iwanowitsch Glebnikow, den der Graf 1930 kennenlernt und der sich von ihm in Fremdsprachen und den Gepflogenheiten der dekadenten westlichen Bourgeoisie unterweisen läßt, auch anhand von Humphrey-Bogart-Filmen, die beide gleichermaßen schätzen. Jahre später, in schon fortgeschrittenem Alter, wird Rostov für Ninas Tochter Sofia zum Ziehvater und schmiedet, als diese herangewachsen ist, einen kühnen Plan, ihr die Flucht aus der Sowjetunion zu ermöglichen.

Und während die Jahrzehnte mit kleinen und größeren Geschichten dahinziehen, mit dem Auftreten manchmal stark, manchmal nur skizzenhaft gezeichneter, aber immer menschlicher Charaktere – das alles erzählt in einem hinreißend charmanten Stil voller Witz und trotz allem Leichtigkeit –, ergibt sich das eigentliche Thema des Romans:

Kann es im Moskau der Stalinzeit so etwas wie einen Gentleman überhaupt geben? Was ist von einem Mann zu halten, der in der Zeit des Terrors Höflichkeit und Stil, Kultur in einem durchaus konservativen Sinne und zivilisatorische Sensibilitäten hochhält? Kommt es nicht einer Banalisierung dieses düsteren Kapitels der Menschheitsgeschichte gleich, wenn es gleichsam zum Hintergrundrauschen einer Erzählung wird, die – zumal auf unterhaltsame Weise – das Leben feiert, wo es ums Überleben gehen müßte?



.....  
 Amor Towles: *Ein Gentleman in Moskau*, Ullstein, 7. Aufl., Berlin 2020, 558 S., 12,00 €  
 .....

Gewiß, „Ein Gentleman in Moskau“ ist kein politischer Roman, und sein Held ist kein politischer Mensch. Auch wenn Graf Rostov gegen Ende der Geschichte einen Plan umsetzt, der im engeren Sinne als „Widerstand gegen das System“ aufgefaßt werden könnte, ist dies nie seine eigentliche Intention. Im Laufe der Zeit verliert er mehr und mehr jener äußeren Symbole, die seinen adeligen Status ausweisen. Doch alles, was er tut, ist von einem inneren Adel und dessen unumstößlichen Imperativen motiviert. Dieser liegt jenseits aller Politik, auch jenseits vermeintlicher oder tatsächlicher Klassenkämpfe.

In einer Zeit aber, in der – ganz im Sinne Agambens – jeder Lebensbereich politisiert, und das heißt: jeder der jederzeitigen Tötbarkeit nach politischer



Willkür ausgesetzt, ist, stellt Rostovs konsequentes Festhalten an den „höheren“ Funktionen des Menschlichen, den kleinen und großen Ritualen, dem riesigen Fundus der menschlichen Zivilisation und, ja, auch am Humor eine kaum zu überbietende Form von Sub-

version dar. Es ist diese wenig reflektierte, vielmehr schlicht gelebte Weigerung, sich auf das „nackte Leben“ reduzieren zu lassen, die aus einem heruntergekommenen Adligen, über den die Zeit hinweggeht, einen Gentleman macht.

Und so bietet Towles' Roman nicht nur einige Stunden erheiternder und erhebender Unterhaltung, sondern eröffnet, gleichsam nebenbei, so etwas wie eine Perspektive der Hoffnung für schwierige Zeiten.

Martin Cordo

## Die Stasi als „fünfte Gewalt“

Drei Gewalten strukturieren die Machtausübung im Rechtsstaat: die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt. Nach allgemeinem Verständnis wird die Presse oftmals als vierte Gewalt hinzugezählt. Besonders wichtig wird die vierte Gewalt dann, wenn die ersten drei sich zusammengeschlossen haben, um ein brisantes Problem zu vertuschen, zu vertagen oder zu verleugnen. Das Prinzip besteht darin, daß alle vier Gewalten sich gegenseitig kontrollieren und begrenzen. Man kann auch sagen: Sich gegenseitig in Schach halten, damit die Bäume der Macht nicht in den Himmel wachsen. Die Gewaltenteilung ist eine weise Erfindung der Aufklärung in der Ablösung des absolutistischen Herrschertums im 17. und 18. Jahrhundert durch parlamentarische Demokratien. Karl Marx als staatspolitischer Analphabet hatte für derlei Konstruktionen nur Spott übrig. Damit steht er übrigens in einer Reihe mit den beiden Kanzlern des deutschen Reiches Otto von Bismarck und Adolf Hitler, die beide ebenfalls den Reichstag in schönster Eintracht als „Schwatzbude“ bezeichnet haben. Wen wundert es, daß man das Schimpfwort auch bei Lenin finden kann? Was die Abschaffung, ja auch nur Geringschätzung der demokratischen Institutionen zwangsläufig bewirkt, können die Historiker und Publizisten nun am 20. Jahrhundert studieren.

Die „Stasi“, übrigens eine völlig unge-rechtfertigte Verniedlichungsform, die Staatssicherheit also, war im klassischen

Sinn „Staat im Staate“. Das am 8. Februar 1950 erlassene Gesetz über die Bildung der Staatssicherheit enthält einen einzigen Paragraphen und der besagt nichts weiter, als daß die Staatssicherheit existiert. Das Gesetz bestimmt kein Aufgabengebiet, keine Schutzbereiche der Bürger, keine geregelten Verfahren, keine Sanktionen bei Mißbrauch. Einen Geheimdienstaussschuß sucht man in der Volkskammer vergeblich. Das immerhin ist in der Bundesrepublik heute mit dem sogenannten G-10-Gesetz geregelt, das auf der Basis des Artikels 10 des Grundgesetzes Befugnisse und Grenzen der heutigen Geheimdienste bestimmt.

Die Stasi nahm für sich in Anspruch, auch die wenigen von der DDR-Verfassung garantierten bürgerlichen Rechte umstandslos außer Kraft zu setzen. Und mußte einmal ein Mitarbeiter der Staatssicherheit strafrechtlich belangt werden, verstieß ihn die Stasi vor seiner Verurteilung aus ihren Reihen, damit das Gericht einen Zivilangestellten verurteilte. Die Stasi folgte auch nicht, wie heute gern erzählt wird, gehorsam den Weisungen der Partei. Wenn sie so etwas wie ein gehorsamer Diener war, dann aus politischem Kalkül und der Sorge um ihre eigenen Interessen.

In diesem historischen Kontext sollte das Buch von Freya Klier über die Morde und Mordversuche der Staatssicherheit gelesen werden. Es sind eben keine „Räuberpistolen“ einzelner aus dem Ruder gelaufener Mitarbeiter, die da geschildert werden, während sich die anderen Tsche-kisten nach dem edlen Vorbild Feliks Edmundowitsch Dzierżyńskis und Gründers des sowjetischen Geheimdienstes verhielten. Die Morde und ungeklärten Tode sind nicht das Ergebnis einzelner Aktionen und vielleicht überstürzter Handlungen. Sie entsprangen einem allgemeinen Klima der Gewalt und des Zynismus, das auch simple Überwachungen und Operative Vorgänge prägte. Es waren Auswüchse einer Mammut-Organisation, deren – vorwiegend männlichen – Mit-

arbeiter sich sicher sein konnten, daß ihre menschenverachtenden Pläne nicht nur geduldet, sondern auch von höchster Stelle gedeckt wurden.

Freya Klier geht mit diesen Schilderungen ein gewisses Wagnis ein, das letztlich nur durch das Vertrauen in ihre Person als seit Jahrzehnten anerkannte Bürgerrechtlerin und Verteidigerin der Demokratie gedeckt ist. Sie berichtet über tödliche Aktivitäten der Staatssicherheit der DDR, die im einzelnen oftmals nicht belegbar sind. Das Buch enthält nicht weniger als 70 teils sehr ausführlich beschriebene, teils nur erwähnte Hinweise auf kriminelle Eingriffe in das Leben zumeist politisch oppositioneller Akteure aus den Anfangsjahren bis zum Ende der DDR. Veröffentlichungen zu diesem Thema sind oftmals nur deswegen unterblieben, weil keine Belege und Beweise im juristischen Sinne vorliegen. Andere, veröffentlichte, Berichte beispielsweise von Autounfällen wurden eher als skurrile Einzelfälle abgetan.

Die Abwesenheit von Belegen in Form schriftlicher Dokumente oder wenigstens aufgezeichneter Aussagen Involvierter hat bisher viele Betroffene daran gehindert, öffentlich über bestimmte Erlebnisse zu berichten. Zu nahe liegt der Verdacht, der – wenn er freundlich formuliert wird – lautet, die Erlebnisse seien nichts weiter als psychopathologische Reaktionen auf die Bedrohungsszenarien der Stasi, also unverarbeitete Angstphantasien. Etwas weniger freundlich lautet dann schon das Verdikt, der Erzähler wolle sich nur wichtig machen, sich ein Treppchen in der Opferhierarchie nach oben schleichen. Selbst Menschen, die höchstes Vertrauen in der Öffentlichkeit genossen, haben über bestimmte Vorkommnisse geschwiegen. Zu vieldeutig ist beispielsweise ein einzelnes Erlebnis, das dem politisch mißliebigen Bischofskandidaten Gottfried Forck widerfuhr, der spätabends beinahe auf ein Militärfahrzeug krachte, das unbeleuchtet und ohne Fahrer quer auf der Straße stand. Wenn freilich ein anderer fast die

### Bürgerberatung

des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr  
Freitag 8.00–14.00 Uhr

gleiche Geschichte erzählt, ein LKW militärischer Bauart steht nachts hinter einer Bergkuppe quer auf der Straße, dann entsteht doch so etwas wie ein Muster.

Wenn Strafgefangene aus Bautzen berichten, daß ihnen Substanzen verabreicht wurden, in deren Folge sie in einem lebensbedrohlichen Zustand in das Haftkrankenhaus Meusdorf eingeliefert werden mußten, könnten sie sich – auf welchem Wege auch immer – abgesprochen haben. Wenn aber Jahrzehnte später ein Zeitzeuge seinen Krankheitsbericht vorlegt, der auf eine Vergiftung mit Thallium hindeutet, und für den sich die Staatssicherheit noch jahrelang nach seiner Ausreise interessiert, dann entstehen signifikante Bilder, die erklärt werden wollen. Nachgewiesen ist die Thallium-Vergiftung von Wolfgang Welsch, die ähnliche Symptome zur Folge hatte, wie bei den anderen Betroffenen. Wenigstens hier standen die Täter vor Gericht.

Verdienstvoll an dem Buch ist auch, daß es die sogenannte ToxDat-Studie vor dem Vergessen bewahrt, die auf 900 Seiten mögliche Morde detailliert in einer Weise beschreibt, daß die Datensätze nicht nur zur Aufklärung, sondern auch zur Anwendung geeignet erscheinen. Zumindest in Ansätzen nimmt das Buch deshalb in den Blick, was längst ein Forschungsprojekt hätte sein müssen: Ein Abgleich bestimmter rätselhafter Todesfälle mit den Möglichkeiten der ToxDat, auch unter Berücksichtigung der Langzeitfolgen bestimmter Substanzen.

Zu untersuchen ist ebenfalls eine zumindest augenfällige Häufung von Erkrankungen an Krebs. Interessenten wird empfohlen, auf der Basis von Kliers Buch ein Register anzulegen, das zumindest Geburtsdatum, Todesdatum und Todesart enthält. Ein solches Register könnte auch von mehreren Personen unabhängig voneinander geführt werden. Das Register, das sich aus Kliers Buch herstellen läßt, zeigt einige Auffälligkeiten, die im mathematischen Sinne nicht signifikant sind und daher weiter untersucht werden müßten: Der Tod der drei unbotmäßigen Schriftstellerinnen Brigitte Reimann (†1973), Maxi Wander (†1977) und Irmtraud Morgner (†1990) jeweils an Unterleibskrebs. Der Tod von fünf Mitgliedern der Renft-Combo (Krebs und ein Verkehrsunfall). Etwa zehn Zwischenfälle im Straßenverkehr mit teilweise schwerwiegenden Folgen, teilweise ohne Folgen (Jürgen und Lilo Fuchs, Rainer Eppelmann, Gottfried Forck, Stephan Krawczyk



.....  
*Freya Klier: Unter mysteriösen Umständen. Die politischen Morde der Staatssicherheit. Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2021, 320 S., 26,- €*  
 .....

und Freya Klier, Christian Sachse, Peter Arnold, Wolfgang Hase, Gernot Friedrich, Lutz Eigendorf [†]). Der Journalist Ulrich Schwarz überlebte zwei derartige „Zwischenfälle“ nur knapp. Eine Zahl von Bürgerrechtlern und Schriftstellern, die an Krebs starben (Rudolf Bahro, Jurek Becker, Bärbel Bohley, Erika Drees, Jürgen Fuchs, Wolfgang Hilbig, Luise Kinzel, Michael Kukutz, Ludwig Mehlhorn, Gerulf Pannach, Geralf Pochop, Klaus Schlesinger, Herbert Schneider, Detlef Stein, Rudolf Tschäpe). Nicht genannt sind die an ungewöhnlichen Symptomen leidenden, aber noch lebenden Personen, für die sich ein ähnlicher Verdacht aufdrängt.

Diese unvollständigen Aufzählungen können das Lesen des Buches auch nicht annähernd ersetzen. Sie sollen aber darauf hinweisen, daß das Buch keine leichte Lektüre sein wird. Neu stellt sich die Frage nach den Stasimorden. Dies wird auch nach den Morden und Mordversuchen der letzten Jahre aus dem russischen Raum wieder aktuell. Das, was man selbst der Stasi in der DDR nicht zutraute, ist heute Realität. Warum soll es nicht damals auch bereits Realität gewesen sein? Hier kann nur systematische Aufklärung helfen. Das Buch von Freya Klier ist ein mutiger Anfang.

Die Stasi als fünfte Gewalt im Staate? Nur, wenn die ersten vier nicht mutigen Bereich vertreten.

Christian Sachse

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober und November Geburtstag haben

Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halke am 20. Oktober, Erwin Nigrin am 21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober, Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch am



## Da lacht der Klassenfeind

Dem IM wurde nochmals eindeutig erläutert, daß er selbst bestimmt, wann er aus dem Strafvollzug entlassen wird und wohin.

(BV-Swn. AIM 3658/82)

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail kegel@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz  
 (Thema DDR-Zwangsadoption)  
 Mo–Fr, 10–12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer  
 Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur  
 Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 15 28 58  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische  
 Anmeldung empfohlen.

21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Hans Becker, Annegret M. Beuermann, Dr. Michael A. Dosch, Karin Leberwurst, Rolf Leonhard, Johannes S. Lindner, Jürgen Lorenz, Peter Menzel, Dr. Kurt Oesterle, Thomas Rademacher, Kristin Seidel, Prof. Dr. Karin Sorger, Roland Steinbach, Rudolf u. Margarete Walther, Peter Wiesenbauer

Stacheldraht-Konto:  
BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01  
BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Die Freiheit besteht in erster Linie nicht aus Rechten, sondern aus Pflichten.

Albert Camus

**BSV-Förderverein für Beratungen**  
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz  
Sprechzeiten s. S. 19  
Telefon (030) 55 15 28 58  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen  
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC: DEUT DED B110

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. Oktober 2021